

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 32. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 26. Oktober 2011
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.05 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt:

Abwesend: Matthias Lochmann (ab 18.30 Uhr anwesend)
Pascale Uccella-Klauser (ab 18.40 Uhr abwesend)

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 39 Anwesende = 26
18.30 Uhr 40 Anwesende = 27
18.40 Uhr 39 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat Musikschule**
anstelle des zurückgetretenen Peter Malzacher, FDP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012)
Wahlvorschlag: Urs Pozivil Geschäft 4023
 2. Bericht des Gemeinderates vom 29.06.2011 sowie Bericht der
Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.09.2011,
betreffend **Bau- und Strassenlinienbau Herrenweg, Teilstück
Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3855 / A
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 31.08.2011 zum Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010, betreffend **Pedibus für Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3941 / A
4. Mündliche Ausführung zur Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP, vom 30.03.2011, betreffend **Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3999 / A
5. Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion, vom 06.12.2010 betreffend **familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3978
6. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 13.12.2010, betreffend **Attraktivität des „Trämlispielplatzes“**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3982
7. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend **Grabenringkreisel Ausfahrt Richtung Dorf**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4017
8. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend **Gemeindeeigene Briefkästen**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4007 / A
9. Interpellation von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 24.05.2011, betreffend **geplanter Spitexfusion Allschwil-Schönenbuch mit Binningen**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4009 / A
10. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 26.04.2010, betreffend **Kinderspielplatzkonzept**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3939
11. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 22.10.2010, betreffend **Schriftliche Erläuterungen des Gemeinderates zu den Vorstössen**
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 3967
12. Motion von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 17.11.2010, sowie Bericht der Kommission der Gemeindeordnung und -reglemente betreffend **Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats § 66 Redeordnung**
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 3976 / A
13. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 29.03.2011, betreffend **Erhebung eines 2/3 Mehr ohne die Enthaltungsstimmen**
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 3998
14. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 19.05.2011, betreffend **Erstellung einer Energiebuchhaltung für die Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4005

15. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend
Einbezug von Sozialbezügern
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4006
16. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Nennung der Interessenbindungen von Einwohnerratsmitgliedern
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4011
17. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 22.06.2011,
betreffend **Solarkataster für die Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4015
18. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 27.06.2011,
betreffend **Photovoltaikanlagen auf allen Gemeindebauten in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4016
19. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend
Bildung einer Spezialkommission Verkehr
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4018

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 32 vom 26. Oktober 2011

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Cedric Roos, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Wie ich sehe, ist der Gemeinderat am Eintrudeln.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

So wie es aussieht, werden wir heute Abend komplett werden. Wir kommen zu den Mitteilungen des Präsidenten. Ich möchte auf die Eingabefrist für Anträge zum Budget 2012 hinweisen, die Frist läuft bis am Mittwoch, 16. November. Wie Ihnen sicher bekannt ist, wurde gegen den Einwohnerratsbeschluss der letzten Sitzung, 3942 / A vom 14. September 2011, von der SD und von der SVP das Referendum ergriffen. Die Frist für die Unterschriftensammlung ist am letzten Montag abgelaufen. Die nötigen 500 Unterschriften sind nicht zusammengekommen, somit ist das Referendum gegenstandslos. Bereits vor der Sitzung haben die beiden Co-Präsidenten, Josua M. Studer und Hans-Peter Tschui, darum gebeten, eine kurze Stellungnahme abzugeben.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ihr habt jetzt vielleicht Freude, dass es nicht geklappt hat. Ich möchte ein paar Sachen dazu sagen. Am Anfang war es eine Idee, dann eine Verwunderung und am Schluss eine Enttäuschung. Die Idee war die Lancierung des Referendums, die Verwunderung, dass die SVP mit mir zusammen dies machen wollte. Die Enttäuschung war, dass einzelne SVP-ler der Ansicht waren, dass mit einem positiven Denken und ein bisschen Machen ein Erfolg erreichbar ist. Dass dem nicht so ist, hat sich gezeigt. Mehr als die Hälfte von allen Unterschriften, die nötig waren, habe ich alleine gesammelt. Susanne hat mir nur bedingt helfen können. Wie Sie wissen, hat sie Fussprobleme, darum konnte sie nicht lange stehen. Wir waren 9 Mitglieder im Komitee, jedes Mitglied hätte mindestens 60 Unterschriften bringen sollen, dann wären wir auf der sicheren Seite gewesen. Am Montagnachmittag, beim Ablauf des Referendums, haben noch 33 Unterschriften gefehlt. Mittlerweile habe ich noch weitere per Post erhalten, die sind natürlich gegenstandslos. Das zeigt auch, dass 30 Tage relativ kurz sind. Jedenfalls bin ich enttäuscht, dass wir das nicht hingekriegt haben. Josi wär nicht der Studer, hätte er nicht einen Plan B. Damit möchte ich nicht alles umstossen, das hatten wir auch mit dem Referendum und der gleichzeitigen Initiative auch nicht im Sinn, aber wir wollen den Schaden begrenzen. Der Einwohnerrat hat jetzt die Chance, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, damit meine ich den Entschluss, den ihr das letzte Mal gemacht haben. Vor euch liegt eine dringliche Verfahrensmotion. Ich gehe davon aus, dass ihr die gelesen habt, ansonsten habt ihr noch Zeit die zu lesen. Mit dieser Motion könnt ihr zeigen, dass ihr besser seid, als es euer Ruf in der Bevölkerung ist. Ich musste mir einiges anhören, als ich die Unterschriften gesammelt habe. Wenn ihr es nicht glaubt, wir haben gearbeitet. Das ist unsere Arbeit. Was wir dort für Diskussionen hatten, was die Leute gesagt haben, es könne nicht sein, einfach Geld zu verschenken, wenn man nicht weiss, was mit dem Geld passiert, das versteht niemand. Wenn das EBM wirklich ein Projekt hätte, dann könnte man darüber diskutieren, aber ihr schenkt der EBM einfach Geld und die machen, was sie wollen damit, und wir können nicht mitreden. Als Vergleich dieses Beispiel: Ich gebe jedes Jahr CHF 20'000 meinem Garagisten und sage, wenn er CHF 60'000 hat, dann soll er mir ein Auto geben. Ich habe dann auch keine Freude, wenn es handgeschaltet ist, obwohl ich einen Automat wollte. So könnte es bei der EBM sein. Lesen Sie bitte den Vorstoss sehr gut und gebt dem Dringlichkeit. Die Dringlichkeit kann ich nachher noch erklären.

Cedric Roos, Präsident. Wir kommen zu den dringlichen Vorstössen. Mir wurde von der SP/EVP-Fraktion gesagt, dass sie die Dringlichkeit zurückziehen. Wir kommen damit zur angesprochenen dringlichen Verfahrensmotion, sehr kreativ, eine Mischung zwischen Verfahrenspostulat, Motion und Budgetantrag. Wir werden sehen, als was es sich schlussendlich herausstellt.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Die Dringlichkeit ist gegeben, weil mit dem letzten Einwohnerratsbeschluss die Gemeinde der EBM den Auftrag gegeben hat, so genannten atomfreien Strom zu bestellen und mehr zu bezahlen, und dies soll im Budget sein. Jetzt kommt es drauf an, wo wir es im Budget verbuchen. Wenn wir es so machen gemäss Einwohnerratsbeschluss, dann ist es beim Energieaufwand, und das geht nicht. Wenn wir eine Verfahrensmotion haben, dann hat es eine aufschiebende Wirkung, darum ist es dringlich, damit man nachher weiss, wie man es ins Budget

nehmen muss. Wenn man es gemäss dem Vorstoss macht, dann verbucht man das Geld nachher anders, nämlich in einer Vorfinanzierung. Das kommt dann schlussendlich näher an die Sache, die ihr wollt, aber man sollte ein bisschen denken, wenn man Vorstösse einreicht.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung.

://:

Das ist keine Zweidrittelmehrheit, die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Weiter wurde ein Postulat eingereicht von der SP/EVP-Fraktion betreffend Stadtentwicklungskonzept Allschwil. Die Dringlichkeit dazu wurde zurückgezogen.

Der dritte Vorstoss, der eingereicht wurde, ist ebenfalls eine dringliche Motion betreffend Aufhebung von Parkplätzen an der Baslerstrasse, zwischen Sommergasse und Baselmattweg in Richtung Dorf während den Abendverkehrszeiten.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Die Dringlichkeit ist gegeben, weil es jeden Abend von Montag bis Freitag so ist. Dies behindert den ÖV, nebst dem anderen Verkehr. Verkehr, der nicht richtig aus den Seitenstrassen fahren kann. Das ist nicht gut, darum sollte man das bald behandeln.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, somit stimmen wir ab.

://:

Mit 20 Ja-Stimmen, also kein Zweidrittelmehr, wurde der Dringlichkeit nicht stattgegeben.

Damit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt? Das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

611 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat Musikschule anstelle des zurückgetretenen Peter Malzacher, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012)
Wahlvorschlag: Urs Pozivil, Geschäft 4023

Cedric Roos, Präsident: Das Büro hat darüber beraten, ob, wie üblich, ein schriftlicher Steckbrief eingereicht werden soll, war aber der Ansicht, dass eine mündliche Präsentation von Urs Pozivil durch die FDP-Fraktion genügt.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP/GLP-Fraktion schlägt Ihnen Urs Pozivil vor zur Wahl in den Musikschulrat. Er wurde 1988 geboren, spielt seit rund 10 Jahren Posaune, war zwischen 2001 und 2008 aktiv im Jugendblasorchester Allschwil, hilft dort immer noch aus bei Konzerten und bei Lagern. Unter anderem spielt er auch nächsten Samstag am Jahreskonzert wieder mit, warum er sich bereits jetzt entschuldigt, dass er den Zuschauerraum relativ früh verlassen wird. Seit 2008 spielt er im Musikverein Allschwil und ist dort auch im Vorstand, er hat das Ressort Jugendförderung. Zu seiner Motivation schreibt er: Meine Motivation für dieses Amt lässt sich grundsätzlich mit folgendem Satz ausdrücken. „Mir liegt die Förderung der Jugend am Herzen. Dies zeigt sich unter anderem bereits, dass ich Jugendschützenleiter bei den Militärschützen Allschwil bin, im Vorstand des Musikvereins Allschwil die

Jugendförderung innehabe, sowie an Konzerten und Konzertreisen des Jugendblasorchesters Allschwil aushelfe. Ich merke hierbei stets, dass es eine tolle und dankbare Arbeit ist, mit jungen Personen zusammenzuarbeiten. Es ist ebenfalls ein gutes Gefühl, wenn man weiss, dass eine sinnvolle Freizeitaktivität betrieben wird. Es ist mir daher ein wichtiges Anliegen, dass der Allschwiler Jugend ein gutes und breites Angebot an Freizeitaktivitäten angeboten wird. Die Musikschule Allschwil ist eines dieser Freizeitangebote. Ich selbst genoss während vielen Jahren Unterricht an dieser hervorragenden Schule. Gerne denke ich an meine Unterrichtszeit zurück. Es ist wichtig, dass dieser Standard beibehalten wird, damit es auch in Zukunft attraktiv für Jugendliche bleibt zu musizieren. Ich bin überzeugt, dass ich mich mit meinem musikalischen Know-how sowie mit dem direkten Draht zu den Jugendlichen gewinnbringend in diese Kommission einbringen kann. Ich würde mich daher über eine Wahl sehr freuen.“ Und wir von der Fraktion auch.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Ich gratuliere Urs Pozivil zur Wahl in den Schulrat der Musikschule.

612 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 29.06.2011 sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.09.2011, betreffend Bau- und Strassenlinienbau Herrenweg, Teilstück Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3855 / A

Cedric Roos, Präsident: Ich mache einleitend eine kurze Ergänzung. Da es sich bei diesem Geschäft um einen Erlass handelt, haben wir heute nur eine Lesung und es wird an der nächsten Einwohnerratssitzung ein zweites Mal traktandiert.

Robert Vogt, Gemeinderat: Was zum Bau- und Strassenlinienplan zum Herrenweg im oberen Teilstück zu sagen ist, ist klar. Ich danke dem Einwohnerrat, dass wir das Projekt so schnell vorantreiben konnten. Es ist unser grosses Anliegen, dass einerseits die Bushaltestelle beim Spitzwald in einen definitiven Zustand übergeführt werden kann und dass das Trottoir durchgehend realisiert werden kann, was zur Sicherheit beim Herrenweg stark beiträgt. Wir hatten eine gute Zusammenarbeit mit der Verkehrs- und Planungskommission, wo das Projekt unbestritten war. Ich freue mich, wenn wir heute den Bau –und Strassenlinienplan aufs Gleis stellen können.

Cedric Roos, Präsident: Ich muss mich nochmals kurz entschuldigen, ich bin heute anscheinend nervöser als an der ersten Sitzung. Ich möchte den Rat anfragen, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall, dann genehmigen wir das nachträglich.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: In der Kommission haben wir dieses Geschäft eingehend diskutiert. Es wurde uns von der Verwaltung detailliert Auskunft gegeben. Man ist zur Ansicht gekommen, dass man hier das Optimum gemacht hat. Es gab viele Anstösse, wo Land abgetreten werden muss usw., aber das hat man auf einem Minimum gehalten. Es gibt mindestens ein durchgehendes Trottoir, wenn es auch nur einseitig ist. Was in der Kommission zum Schluss noch Diskussionen gegeben hat, was aber nicht unbedingt mit dem Strassenbau- und Strassenlinienplan zu tun hat, ist die Fussgängerüberquerung der Oberwilerstrasse, weil man dort definitiv die Bushaltestellen einrichtet. Der Kanton will dort nur eine Insel bauen in der Mitte der Strasse und keinen Fussgängerstreifen, wie es sich die Kommission zuerst vorgestellt hat. In der Diskussion hat sich gezeigt, dass wir von der Kommission nichts ändern möchten und dass eingesehen werden musste, dass dies so richtig ist. Ich möchte Ihnen empfehlen, dieses Geschäft anzunehmen.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wir haben das Geschäft in der VPK innert kürzester Zeit behandeln können. Es war sehr eindeutig für uns und wir wurden gut informiert und haben die Unterlagen studiert. Wir wussten, dass eine Dringlichkeit gegeben ist. Letzten Winter musste die BLT den Busbetrieb einstellen auf dieser Strasse, weil es zu gefährlich war, diesen Bus fahren zu lassen. Deshalb müssen wir sicher schon diesbezüglich etwas machen. Es ist auch nicht gut für die Fussgänger, die mit dem Verkehr in Berührung kommen. Wir haben am meisten diskutiert, wie es der Kommissionspräsident gesagt hat, wegen dem Übergang über die Strasse. Es wurde uns klar aufgezeigt, wieso der Kanton dort keinen Fussgängerstreifen zulässt, das ist seine gängige Praxis. Diskutiert haben wir noch, auf Antrag von mir, dort ein hängendes Blinklicht zu machen, um die Kreuzung klarer zu deklarieren. Ich bin damit unterlegen. Ich habe mir überlegt, dies mittels eines Spezialantrages hier einzubringen. Ich lasse das jetzt sein, es kann ja auch von jemand anderem mal eine gute Idee kommen. Es ist dort keine übersichtliche Sache. Es hat mich erstaunt, wenn man zuerst kritisiert, dass es keinen Fussgängerstreifen hat, nachher sagt, dass es ein gefährlicher Übergang sei, und dass man dann findet, dass die Beleuchtung dort reicht, um zu erkennen, dass es eine Kreuzung ist. Da habe ich meine Bedenken.

Ich stelle jetzt aber einen mündlichen Antrag. Wir haben in der Kommission das Geschäft in einer Lesung diskutiert. Ich meine, wir können es auch hier in einer Lesung machen, damit sparen wir uns viel Zeit.

Cedric Roos, Präsident: Wir beraten kurz über diesen Antrag von Herrn Studer.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich könnte mir das auch vorstellen, nachdem es in der VPK so gut vorbereitet war und glatt durchgegangen ist. Wir haben gemerkt, dass sauber vorgearbeitet wurde, es hat uns überzeugt. Es wurde sorgfältig gemacht in Rücksichtnahme auf Landwirtschaft, Anwohner, ökologische Interesse, Strassenbord bis zum Anliegen des Trottoirs. Ich kann mir das persönlich vorstellen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich habe nur eine Frage. Hat man auch an eine Temporeduktion gedacht bei dem Fussgängerübergang? Man könnte sagen, dass man von 60 auf 50 reduziert auf einem gewissen Stück.

Cedric Roos, Präsident: Frau Huschke, wir werden das in der weiteren Beratung aufnehmen. Gibt es zum Antrag von Herrn Studer noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Da das Vorgehen im Geschäftsregelement so nicht vorgesehen ist, brauchen wir eine Zweidrittelsmehrheit. Wir stimmen über den Antrag ab.

://:

Dem Antrag von Herrn Studer, das Geschäft in einer Lesung zu bearbeiten, wird einstimmig zugestimmt.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe lange genug gestürmt für den Herrenweg. Ich habe mehrere Szenarien geschildert, wie es dort ist mit einer Schulklasse. Ich bin sehr froh, dass vor allem beim Stutz vom Herrenweg der Fussweg kommen wird und dass es dort für alle, die es benutzen, entschärft wird. Die Mitglieder der Kommission haben das Geschäft in der Fraktion sehr toll beantwortet und alle Fragen klären können. Wir werden folgen.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Uns liegt ein ausgereifter Planungsbericht zum Bau- und Strassenlinienplan zum Herrenweg vor. Wir begrüssen es ausserordentlich, dass es jetzt wieder ein durchgehendes Trottoir für die Fussgänger geben wird und dass die Situation mit dem Bus baulich angepasst wird, damit wir nicht die Befürchtung haben müssen, dass Spitzwald wieder abgehängt wird. Die Ausführungen des Kantons betreffend Fussgängerstreifen über die Oberwilerstrasse können wir nachvollziehen und stehen dahinter. Ein Fussgängerstreifen würde dort eine falsche Sicherheit geben

und damit noch eine grössere Gefahr heraufbeschwören. Was uns aber in diesem Bericht gefehlt hat, sind Aussagen zu den Kosten, die das ganze Projekt mit sich zieht. Wir möchten gerne den Gemeinderat bitten, dazu noch Stellung zu nehmen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Zur Frage der Kosten können wir sagen, dass dies ordentlich budgetiert wurde. Wir haben zwei Tranchen für diese Strasse, eine Sondervorlage für die Bushaltestelle und die Spitzwaldstrasse, und eine Vorlage für den Abschnitt für den Ofenstrasse bis zur Oberwilerstrasse. Dort haben wir einen Kredit von CHF 1'550'000, davon werden im nächsten Jahr ungefähr CHF 400'000 ausgegeben.

Die zweite Frage von Gabi Huschke wegen der Temporeduktion auf der Oberwilerstrasse beantworte ich gerne. Da ist uns noch nichts bekannt. Man möchte versuchen über die Mittelinsel auf der Oberwilerstrasse optisch den Verkehr dazu zwingen, dass er dort abbremst, damit er nicht mit überhöhter Geschwindigkeit daherkommt. Von einer Temporeduktion habe ich bis jetzt noch nichts gehört, es gilt generell 60 auf der Oberwilerstrasse.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es noch Fragen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, somit ist die Beratung als Ganzes abgeschlossen. Wir werden die abschnittsweise Beratung vornehmen.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

Geschäft Nr 3855, Bau- und Strassenlinienplan Herrenweg, Teilstück Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse

1. Ausgangslage

2. Bau- und Strassenlinienplan

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich habe eine Frage zum Punkt Verlust der Fruchtfolgeflächen. Das ist der zweitletzte Abschnitt bei Punkt 2. Da wird das Thema Ersatzflächen angesprochen. Es ist nicht ganz klar, ob Ersatzflächen vorgesehen sind oder ob das nur angedacht ist. Wie sieht das genau aus?

Robert Vogt, Gemeinderat: Wir haben die Möglichkeit, die Fruchtfolgefläche, die durch das Strassenbauprojekt verloren geht – es ist nur eine kleine Fläche – in der Nähe zu kompensieren. Das haben wir hier deklariert. Bis jetzt wurde noch nichts umgelagert, das heisst, die Fläche steht heute bereits für die Landwirtschaft zur Verfügung. Man könnte sie den Fruchtfolgeflächen zuordnen. Aber dadurch entsteht keine Mehrfläche, sie wird einfach der Fruchtfolgefläche zugeordnet. Das ist im Moment noch nicht passiert, aber das könnte man jederzeit, auch nachträglich, machen.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

3. Mitwirkungsverfahren

4. Kantonale Vorprüfung

Beilagen

a) Bau- und Strassenlinienplan Herrenweg, Teilstück Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse

b) Planungsbericht zum Bau- und Strassenlinienplan Herrenweg, Teilstück Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse

5. Antrag

1. Der Bau- und Strassenlinienplan Herrenweg, Teilstück Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse, wird erlassen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die im Bau –und Strassenlinienplan Herrenweg, Teilstück Oberwilerstrasse bis Ofenstrasse, dargestellte Mutation des Zonenplans Siedlung wird beschlossen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

613 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 31.08.2011 zum Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010, betreffend Pedibus für Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 3941 / A

Cedric Roos, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ein Pedibus, ein Schulbus auf Füssen, ist eine sehr gute Idee. Kleinere Kinder werden entlang einer festgelegten Route zu festgelegten Zeiten von einer erwachsenen Person zum Kindergarten oder zur Schule begleitet. In der Begründung des Postulanten wird vor allem die Problematik der so genannten Elterntaxis aufgeführt, die durch den Pedibus vermindert werden könnte. Die Wegsicherheit ist ein Grund, weshalb die Kinder mit dem Auto zur Schule oder zum Kindergarten gebracht werden. Oft liegt der Grund auch darin, dass das Bringen der Kinder mit dem Auto verbunden wird mit zum Beispiel Einkaufen, zur Arbeit fahren oder mit dem Unabhängigsein von anderen Personen. In der Begründung steht, dass die Selbstsicherheit im Strassenverkehr erhöht wird. Da möchte ich kritisch anmerken, dass ich nicht sicher bin, ob die Kinder Sicherheit lernen im Verkehr, wenn sie in einer grösseren Gruppe hinter einer Person herlaufen. Eher verlassen sie sich dann darauf, dass wie üblich auf sie aufgepasst wird. Auch wird durch die Begleitperson, die die Bushaltestellenzeiten einhalten muss, der Individualität der Kinder nicht Rechnung getragen. Jedes Kind in diesem Alter braucht unterschiedlich viel Zeit, um die Umgebung wahrzunehmen, um sich mit ihr auseinander setzen zu können. Grundsätzlich stellt sich auch die Frage nach dem Bedarf eines Pedibusses. Wie Sie aus den Unterlagen entnehmen konnten, gibt es laut Schulleitung kaum Anfragen bezüglich Schulwegbegleitung. Das ist wahrscheinlich auf die zentrale Lage der verschiedenen Schulhausstandorte in Allschwil zurückzuführen. In diesem Sinne reden wir bei diesem Postulat über die heutige Situation. Wenn wir das neue Schulhaus bauen, dann ist dem Gemeinderat klar, dass dafür speziell ein Schulwegkonzept erarbeitet werden muss. Es wird vorgeschlagen, Rentner oder Arbeitslose dafür einzusetzen. Der von uns angefragte Seniorendienst von Allschwil verfügt leider über keine Kapazitäten mehr. Arbeitslose Personen müssen jederzeit vermittelbar sein und würden demzufolge keine Kontinuität gewähren. In der Antwort haltet der Gemeinderat fest, dass nach geltender Rechtslage der Schulweg Angelegenheit der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten ist. Er ist darum der Meinung, dass, wie auch der VCS in seiner Broschüre festhält, das Interesse und die Initiative für den Aufbau eines Pedibusses von Seiten der Eltern gestartet werden muss. Wenn sich eine private Trägerschaft finden würde, wäre der Gemeinderat gerne bereit im Bereich Routenplanung und beim Aufstellen der Pedibusschilder mitzuhelfen. Ich selber werde zusätzlich mit der Schulleitung besprechen, in welchem Rahmen den Lehrerinnen und Lehrern, Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern, der Pedibus an den Elternabenden vorgestellt werden kann.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich möchte dem Gemeinderat und speziell Franziska Pausa für die Beantwortung meines Postulats danken. Ein bisschen irritiert hat mich die Formulierung, dass das Postulat nur knapp überwiesen wurde. Meines Wissens wird ein Geschäft überwiesen oder nicht. Ich habe mich gefragt, ob das eine Entschuldigung sein soll für die eher knappe Antwort, die zwar jetzt

mündlich etwas ausführlicher gemacht wurde. Dafür bedanke mich. Ich möchte inhaltlich noch ein paar Punkte ansprechen. Aufgrund von meinen Erfahrungen, ich habe auch ein Kind, das jetzt neu in die Schule gekommen ist, besteht ein Bedürfnis an Begleitung für den Schulweg. Wir haben uns selber in der Nachbarschaft organisiert und haben jetzt eine Lösung. Aber wenn das von Seiten der Schule unterstützt wird, wäre das ein willkommenes Angebot. Der Gemeinderat hat auf die zentrale Lage der Schulhäuser verwiesen. Ich meine, es ist eher dezentral. Die Schulhäuser sind gut verteilt, das ist jetzt sicher so. Frau Pausa hat angesprochen, dass es zukünftig etwas anders sein wird, wenn wir ein grosses zentrales Schulhaus haben werden. Ich bin froh, wenn der Gemeinderat diese Thematik im Kopf hat, dass man dann schauen muss, wie die Schulwege geplant werden. Ich wünsche mir von Seiten der Gemeinde noch mehr Eigeninitiative. Es wurde jetzt gesagt, dass sich die Eltern selber organisieren sollen. Ich finde es sehr gut, dass man an den Elternabenden die Eltern darauf aufmerksam machen will, dass sie sich selber organisieren sollen. Das ist ein guter erster Schritt. Dass man Unterlagen zur Verfügung stellt, finde ich auch sehr gut. Ich danke auch für die Bereitschaft der Gemeinde, falls so ein Projekt auf privater Initiative zustande kommt, dieses zu unterstützen mit flankierenden Massnahmen. Aufgrund meiner Ausführungen stimme ich zu, dieses Postulat abzuschreiben und bedanke mich nochmals für die Beantwortung.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich war auch einer von denen, der knapp überwiesen hat. Ich finde das grundsätzlich eine gute Sache. Ich fand es wichtig, dass es abgeklärt wurde, dass darüber diskutiert wurde und dass man analysiert hat, wie das möglich wäre. Es hat jetzt bereits schon Einfluss auf das neue Schulhaus und ein mögliches Konzept. Somit hat dieses Postulat bereits seinen Sinn. In den Ausführungen der Gemeinde finde ich sehr gut, dass sie bereits mitteilen, wenn Eltern etwas machen würden, dass sie bereit wären mitzuhelfen. Das ist vorausschauend und das finde ich topp. Man kann jetzt nicht der Gemeinde sagen, dass man mehr Eigeninitiative wünscht. Die Kinder gehören den Eltern und die Eltern müssen zu den Kindern schauen. Frau Pausa hat gesagt, dass, wenn sie auf dem Weg sind, sie nicht mehr viel lernen, sondern nur noch hinterherlaufen. Das ist dann aber die Aufgabe der Begleitperson, ihnen dies beizubringen. Das ist die Grundidee des Pedibusses, nämlich den Kindern etwas beizubringen, damit sie eingeführt werden. Am Anfang wird aufgezeigt, dann vertieft und am Schluss kontrolliert. Wenn man dann zur Überzeugung kommt, dass die Kinder es dann alleine können, dann dürfen sie gehen. Es darf natürlich nicht sein, dass die Kinder hinterherlaufen. Wenn ich mit dem Bus fahre, dann müssen sich die Leute auch selber festhalten, ich gehe keinen anschnallen. Sie müssen selber schauen und so ist es auch bei den Kindern. Die Kinder können nicht einfach nur mitlaufen, sondern sie müssen es lernen. Ich finde es richtig, dass es vorerst keinen Pedibus braucht und wenn es einen Bedarf gibt, dann ist es bereits aufgegleist. Schotter liegt, das Gleis muss noch darauf.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte anfügen, dass die Idee des Pedibusses entstanden ist, weil wir davon ausgegangen sind, dass die Schulwege zu wenig sicher sind. Die Schulwegsicherung steht hinter diesem Postulat. Leider wurde Tempo 30 vor den Schulhäusern abgelehnt, das bedaure ich immer noch sehr. Es geht darum, dass die Gefahren im Verkehr zunehmen. Man weiss, dass es jedes Jahr 1% mehr Autoverkehr auf den Strassen gibt, das heisst, dass es auch für die Kinder gefährlicher wird. In dieser Situation kann man nicht einfach sagen, dass man diese Situation den Eltern überlässt. Vor allem mit dem neuen Schulhaus finde ich es unbedingt nötig, dass etwas für die Sicherheit der Kinder gemacht wird. Ich finde, man müsste die Eltern anfragen, wie wir das bei der Tagesschule und den Tageskindergärten mit Elternumfragen gemacht haben. Die Gemeinde soll die Eltern anfragen, die Eltern sollen aufgefordert werden, Ideen zu geben. Für mich muss es nicht unbedingt ein Pedibus sein, es kann auch andere Lösungen geben. Vielleicht gibt es noch Gescheiteres, damit die Kinder sicher in die Schule kommen. Ich bin auch dafür, dass wir das Postulat jetzt abschreiben, aber ich möchte anregen, dass in Zusammenhang mit dem neuen Schulhaus etwas geht bezüglich Schulwegsicherung.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Ich bin grundsätzlich auch für den Pedibus, aber, wie es hier in der Vorlage heisst, es gibt hier ungelöste Fragen. Das betrifft auch die Haftung. Wie ist es, wenn die Gemeinde das organisiert. Wo nimmt man die Freiwilligen her, wenn die Rentner bereits beschäftigt sind mit anderen Aufgaben, und Sozialhilfebezüger auch nicht da sind. Wer macht das? Das sind Sachen, die noch nicht gelöst sind. Es wird organisatorisch ein grosser Aufwand. Was sind da die Kosten? Ich bin der Überzeugung, dass man dem Kind auch die Freiheit lassen sollte, den Schulweg selber zu gehen. Es ist eine Erfahrung, die sie machen. Ich finde, man darf den Kindern auch etwas zumuten. Ich als Alleinerziehende habe das notgedrungen so machen müssen, und ich habe damit nur gute Erfahrungen gemacht. Die Kinder werden selbstständig und selbstsicher im Strassenverkehr.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: In der Fraktion sind wir mehrheitlich der Auffassung, dass sich die Eltern in der Regel selber organisieren. Man könnte sich überlegen, ob man Informationsblätter in den Schulen über die Möglichkeit eines Pedibusses auflegen könnte, oder eine Internetplattform, wo sich die Eltern informieren können, um sich zu organisieren.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Ich erinnere mich zurück an meine Schulzeit. Wir mussten nur 15 Minuten laufen, bis wir in der Schule waren. Das war eine soziale Sache, wir hatten Freundschaften, haben uns auseinander gesetzt und miteinander diskutiert. Wenn man dies den Kindern wegnimmt, dann ist das ein wesentlicher Punkt, der in der Entwicklung eines Kindes wichtig sein könnte. Diese Verantwortung sollte man den Kindern überlassen. Man kann sie am Anfang während der ersten Tage begleiten, aber dann sollte man sie selbstständig sein lassen. Dass man sie hinterherlaufen lässt, finde ich keine gute Sache. Ich kann den Vorschlag von Julia unterstützen. Man sollte die Eigenverantwortung dort lassen, wo sie sein sollte.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Der Verkehr war früher deutlich reduzierter als heute. Die Schüler und Schülerinnen in Allschwil gehen mit dem U-Abo in die Sek, weil es auf den Strassen zu gefährlich ist zum Velofahren. In Bottmingen gibt es keinen Pedibus, aber während den Hauptverkehrszeiten jemanden, der mit Leuchtweste bei den neuralgischen Punkten steht. So gibt es bei den gefährlichsten Stellen eine gewisse Sicherheit. Die Kinder laufen aber alleine.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Jetzt musste ich kurz lachen Peter. Wir sind zusammen in die Schule und in die Pfadi. Du sagt, wir haben uns entwickelt. Peter, auch der Verkehr hat sich entwickelt. Wir haben auf der Strasse vor meiner Hütte geschuttet. Wenn ein Auto kam, dann haben wir kurz das Goal weggenommen, danach haben wir weitergeschuttet. Das war 1965. Ich wurde als Sekundarschüler als Schülerlotse eingesetzt. Wir haben an der Allschwilerstrasse mit der Kelle unsere Kleinen durchgelassen. Man hat das abgeschafft wegen der Verantwortung. Es war toll, denn man konnte früher zur Schule raus. Es ging nicht mehr, weil es von der Verantwortung nicht mehr tragbar war. Peter, auch wir haben uns verändert.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich habe noch eine kleine Ergänzung zu meinem Postulat. Die Grundidee war, dass es eine Alternative gibt zum Elterntaxi, damit die Kinder nicht mehr mit den Autos in die Schule gebracht werden. Ich sehe einen Lerneffekt, wenn die Kinder den Schulweg selber machen. Sekundär ist, dass auch andere Eltern froh sind, wenn es einen begleiteten Schulweg gibt. Es richtet sich aber primär an die, die mit dem Auto gebracht werden.

Cedric Roos, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Beratung als Ganzes ist abgeschlossen. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

Geschäft 3841 / A Beantwortung des Postulats betreffend Pedibus für Allschwil

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Anträge

Antrag des Gemeinderates:

1. Vom Bericht zum Postulat 3941 betreffend Pedibus für Allschwil wird Kenntnis genommen.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat 3941 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

614 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Mündliche Ausführung zur Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP, vom 30.03.2011, betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3999 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Sie haben am 25. Mai 2011 dem Postulat von der SP/EVP-Fraktion zugestimmt, dass wir dem Trinationalen Schutzverband beitreten. Ich kann Ihnen jetzt zur Kenntnis geben, dass wir dem Verband am 1. Januar 2012 beitreten werden. Das wird eine jährliche Verpflichtung geben von CHF 2'000. Das liegt zwar in der Kompetenz des Gemeinderates, aber es ist wichtig, dass Sie darüber informiert sind, dass die Mitgliedschaft ab 1. Januar 2012 läuft und entsprechend unser Engagement. Aus Sicht der Motion wäre dies aus meiner Sicht jetzt abgeschlossen.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Liegt vom Gemeinderat ein Antrag auf Abschreibung vor?

Robert Vogt, Gemeinderat: Vermutlich ja. Ich wäre froh, wenn Sie das formell machen, ansonsten bin ich nicht sicher, dass es wirklich abgeschrieben ist.

Cedric Roos, Präsident: Dann machen wir das zur Sicherheit. Wir haben nun einen formellen Antrag auf Abschreibung dieses Geschäfts.

://:

Das Geschäft 3999 wird einstimmig abgeschrieben.

Damit ist die Motion zum Beitritt der Einwohnerratsgemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen abgeschrieben.

615 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion, vom 06.12.2010 betreffend familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3978

Cedric Roos, Präsident: Der Gemeinderat möchte das Geschäft entgegennehmen. Liegt ein gegenteiliger Antrag vor? Ansonsten findet keine Diskussion zu diesem Geschäft statt. Das ist nicht der Fall, aber der Gemeinderat möchte trotzdem kurz etwas ausführen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir haben von der letzten Einwohnerratssitzung eine mündliche oder schriftliche Anfrage offen, und zwar geht es um die Warteliste. Ich möchte dies präsentieren, ich habe eine Folie gemacht. Ich habe es unterteilt in Anzahl Kleinkinder, die wir haben, Stand 30.09.2011, und dann die Warteliste, aufgeteilt nach Alter, und dann die gewünschte Betreuung. Am Stichtag 30.09.2011 haben wir diese Anzahl Kinder, die dort aufgelistet sind, zusammen macht dies 993 Kinder. Die Warteliste, Stand 30.09.2011, da habe ich die anderen noch aufgeschrieben, 2009/2010. Das Datum ist nicht genau gleich, aber der Stand ist in etwa identisch. Wir hatten am 30.09.2011, 0 – 4 Jahre, 82 und 11 auf der Warteliste. Da sind aber auch solche auf der Warteliste, die das Licht der Welt noch nicht erblickt haben, sondern die kommen 2012 auf die Welt, aber sie sind bereits angemeldet auf der Warteliste. Von 5 – 12 sind es 33, 13 und älter hat es keine auf der Warteliste. Gesamthaft sind 115 auf der Warteliste. Die gewünschte Betreuung ist für 39 Kinder bis 40%, für 26 Kinder 41% bis 60%, und für 50 Kinder 61% bis 100%. Das wären jetzt umgerechnet rund 40 Vollzeitplätze, die auf der Warteliste sind. Das als Nachtrag für die letzte Einwohnerratssitzung, weil ich leider nicht da war.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag oder einen Antrag auf Nichtüberweisung? Das ist nicht der Fall

://

Somit ist dieses Geschäft an den Gemeinderat überwiesen worden.

616 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 13.12.2010, betreffend Attraktivität des „Trämlispielfeldes“

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3982

Cedric Roos, Präsident: Der Gemeinderat möchte dieses Geschäft entgegennehmen. Gibt es einen Antrag auf Nichtentgegennahme? Das ist nicht der Fall.

://

Somit ist das Geschäft überwiesen.

617 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Motion von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend Grabenringkreisel Ausfahrt Richtung Dorf

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4017

Cedric Roos, Präsident: Der Gemeinderat möchte dieses Geschäft entgegennehmen. Mir liegt ein Antrag der FDP/GLP-Fraktion auf Nichtentgegennahme vor.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben das auch angeschaut in der Fraktion und haben gemerkt, dass Herr Studer dies im Landrat deponiert hat und dass es dort sicher am richtigen Ort ist. Es ist Kantonssache. Grundsätzlich versprechen wir uns nichts von einer Rotlichtanlage oder irgendeinem Blinklicht. Der Kreisel hat eine lange Zeit vor sich. Man hat das Optimum aus unserer Sicht herausgeholt. Wir haben nicht mehr Platz, es ist eng dort. Diese Stelle ist sicher gefährlich, das ist uns völlig bewusst,

aber wir müssen auch sehen, dass dort von den Landanstössen viel zugunsten der Bevölkerung abgetreten wurde, mehr ist dort nicht möglich. Wir sehen nicht, was man dort noch machen könnte. Das einzige, das wir sehen, ist, die Fachleute, die Tramchauffeuren, aufzufordern, dort den gesunden Menschenverstand einzusetzen. Das sind die einzigen, die den Verkehrspunkt wirklich sehen und kennen. Sie sind dort beim Anfahren nach der Haltestelle, oben haben sie eine Endhaltestelle, sie also nicht unter einem zeitlichen Druck. In diesem Sinne möchten wir den Antrag stellen, dass man dieses Geschäft nicht entgegennimmt und den Gemeinderat nicht belastet mit Sachen, die nichts bringen.

Cedric Roos, Präsident: Möchte der Gemeinderat dazu Stellung nehmen? Nein, er möchte nicht.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich habe im Landrat den entsprechenden Vorstoss eingereicht. Der Vorstoss wurde problemlos vom Regierungsrat entgegengenommen. Es wurde bereits etwas gemacht, nämlich eine Warntafel. Ich gehe davon aus, dass jetzt nichts mehr geht. Ich habe beim Landrat ein Postulat eingereicht, dass sie schauen sollen, was sie machen können. Jetzt haben sie geschaut und finden, dass dies reicht. Ich finde, dass es nicht reicht. Weil ich nicht mehr im Landrat bin, muss ich halt hier das wieder bringen. Viele Wege führen nach Rom. Jürg Vogt möchte ich sagen, dass nicht der Trämli das Problem ist, sondern der ortsunkundige Automobilist, der erschrickt, weil das Tram ihm plötzlich in die Quere kommt. Dort ist die Problematik. Diese Problematik kennen wir in der Breite. Dort sind es zwei Spuren in Richtung Birsfelden, die auf die Brücke gehen. Wenn ein Tram kommt, dann braucht es die linke Spur. Deshalb hat es dort ein Blinklicht, damit die Ortsunkundigen aufmerksam werden, dass da etwas ist, das nicht normal ist. Das ist die Problematik. Du fährst Auto. Bei der Fahrschule hat man gelernt, einen Seitenblick zu machen. Und warum macht man das? Weil man da nichts sieht, das ist der tote Winkel. Und genau das haben wir dort beim Ausgang des Kreisels, einen toten Winkel. Auch Fahrzeuge brauchen heute starke Träger wegen der Knautschzone etc. Das schränkt die Sicht ein, da kannst du noch so ein toller Trämli sein. Früher galt es: Grüne Farbe teure Farbe. Heute ist es umgekehrt. Wenn es heute knallt, dann sagt der Richter, dass du die Situation kennst. Was nützt es mir, wenn ich die Situation kenne, ein 50 Tonnen schweres Fahrzeug zum Stillstand bringen sollte, weil ein Autofahrer erschrickt. Am Schluss heisst es, ich hätte den zum Erschrecken gebracht und ich hätte langsamer fahren sollen. Ich fahre mit dem Tram langsam, dann fährt der andere extra vorne durch, und wenn dann noch eine Katze überrennt, dann schieesse ich ihn von hinten ab, und dann bin ich erst recht der Tolle. Wenn dort eine Anlage wäre, die blinkt, dann ist der Automobilist aufgefordert aufzupassen und der Trämli wird geschont. Es ist eine doofe Situation dort, die war früher nicht so. Man ist anders Richtung Dorf gefahren, man ist paralleler gefahren. Jetzt kommt man so zusammen, das ist das Gefährliche. Dank den tollen Trämli, weil sie sich Mühe geben, hat es dort meines Wissens noch nicht geknallt, aber es gab viele Notbremsungen. Aber bei jeder Notbremse kann ein Fahrgast den Kopf anschlagen und das bezahlt dann der Steuerzahler.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Das steht auch im Strassenverkehrsgesetz, wer wann wie Vortritt hat und wer sich wie verhalten muss. Wir sind, wenn ich es so sagen darf, mit dem Tram im Vortritt und nicht der Automobilist.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben die Motion angeschaut und es ist in der Tat so, da muss ich Josua M. Studer recht geben, wenn man Richtung Dorf vom Kreisel kommt, dann ist man als Autofahrer sehr gefordert. Man muss einerseits den Schulterblick machen, bevor man rechts rausfährt, hat also den Blick auf der rechten Seite und plötzlich kommt links das Tram. Man ist mit dem Auto sehr schnell auf den Tramschienen. Wir meinen auch, dass die Situation noch nicht optimal gelöst ist, wobei wir auch keine Patentlösung anbieten können. Wenn der Gemeinderat bereit ist, die Motion entgegenzunehmen, dann sollten wir vom Einwohnerrat uns dem nicht entgegenstellen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Es geht nicht darum, jemanden gegen jemanden auszuspielen. Es geht darum, dass wir uns bei diesem Kreisel alle selber in die Pflicht nehmen müssen. Ich sehe die Probleme bei Dämmerung. Da wäre ein Blinklicht auf jeden Fall etwas, worauf ich reagieren würde. Auf eine graue Wand würde ich selten reagieren. Ich finde es toll, dass es der Landrat weiss. Aber toll ist, wenn der Gemeinderat den Landrat oder den Kanton daran erinnern wird. Es ist unser Interesse, die Situation dort zu optimieren. Es ist gut, aber man kann es sicher noch besser machen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion Ich danke meinen Vorredner für das, was sie gesagt haben. Ich kann alle unterstützen. Dieser Punkt ist schwierig, ich habe das mit dem Auto und dem Velo festgestellt. Mit dem Velo merkt man es erst ein bisschen später. Die parkierten Autos, die fahrenden Velos und das Tram, es funktioniert, aber erschrocken habe ich mich auch schon. Ich bin beim Dorenbachkreisel, weil das Rotlicht auf 2,50 Meter oben ist, schon einmal über rot gefahren. Das Tram war nicht da, ich hatte freie Bahn und ich bin einfach gefahren. Meine Familie hat dann gesagt, was ich da mache, und ich habe gesagt: Sorry, ich hab's nicht gesehen. Hatte noch einen Streit vorher und war nicht ganz aufmerksam. Mein Fehler. Wenn die Blinklichter auf Automobilistenhöhe wären, dann hätte man eher eine Chance es zu sehen, unabhängig davon, wie es einem dann geht, weil sie im Gesichtsfeld sind. Das müsste auf einer Höhe sein, wo das Blinklicht eine Überlebenschance hat im Verkehr, aber auch gesehen wird. Das möchte ich der Motion mitgeben.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte Josua M. Studer aus formellen Gründen bitten, ob er das nicht in ein Postulat umwandeln kann, weil das im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt.

Cedric Roos, Präsident: Herr Studer, möchten Sie diesem Antrag zustimmen? Das macht er, somit ist die Motion in ein Postulat umgewandelt.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich danke auch meinen Vorrednern, vor allem Christoph Benz. Mir sind die Velofahrerinnen und die Fussgänger ein grosses Anliegen im Kreisel. Dieses Postulat weist sehr auf die Gefahr hin eines Crashes zwischen dem Tram und dem Auto. Velofahrende dürfen den Fussgängerstreifen benutzen, sie dürfen ihn sogar befahren, aber sie haben keinen Vortritt. Ich bin nicht sicher, ob diese Verkehrsregel allen Benutzern dieses Streifens bekannt ist, so wie diese Verkehrsregel anderen Benutzerinnen und Benutzern bekannt ist. Man kann sich fragen, für wie viele Benutzer dieses Kreisels, Automobilisten, Tramfahrer, Velofahrerinnen und Fussgänger, wie viele Signale wir aufstellen sollen. Ich möchte dazu ein Fragezeichen machen.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich kann allen beistimmen, wir wissen um diese Gefährlichkeit. Nur der Tramchauffeur kann uns helfen, davon sind wir überzeugt. Er ist ortskundig. Es ist so, wie es Josua gesagt, es sind vor allem die ortsunkundigen Automobilisten, die dort gefährdet sind, und die Velofahrer. Ich habe vergessen, den Tramchauffeuren ein grosses Dankeschön auszusprechen. Es ist ganz sicher so, es hätte schon manchmal geknallt, wenn die nicht aufpassen würden.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Generell passieren keine Unfälle, sondern sie werden gemacht, darüber müssen wir uns klar sein. Wir haben ein Beispiel eines Kreisels, der sehr gut ist und der gut funktioniert, das ist derjenige beim St. Johann bei der neuen Überbauung. Dort haben wir eine Blinkanlage und das funktioniert. Ich habe dort nie etwas schlechtes gesehen. Auf der anderen Seite ist es nicht unbedingt ein Geschäft für Allschwil, sondern es ist ein Geschäft für Baselland, weil es Kantonsstrasse ist. Da muss sich der Kanton dementsprechend einsetzen. Der Gemeinderat muss mit dem Kanton die entsprechenden Massnahmen vornehmen. Ich meine, dass wir das als Postulat überweisen können und den Gemeinderat beauftragen, mit dem Kanton Kontakt aufzunehmen, um dies zu lösen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn heute ausgeführt wird, dass die Gefährlichkeit dieses Kreisels bekannt ist, dann ist es ein Grund mehr, das Postulat entgegenzunehmen, weil dann muss man etwas dagegen machen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich bedanke mich, dass der Ball aufgenommen wurde in Sachen Gefährlichkeit dieses Kreisels. Lampen sind in einer gewissen Höhe, sodass man sie je nachdem übersieht. Das haben schon viele gesagt, die die normalen Ampeln meinen. Auch das Wissen, dass die mit dem Velo über den Fussgängerstreifen fahren und dass sie keinen Vortritt haben, zeigt, wie viele Fragen hier sind und ob der Kreisel nicht gesamthaft überdacht werden soll. Die Lampen müssen vielleicht etwas heruntergezogen werden und zusätzlich noch eine Achtungtafel für die Velofahrer, dass sie keinen Vortritt haben. Man könnte mit wenig dies optimieren. Grundsätzlich ist es eine gute Sache, einfach die Details bleiben. Als das Projekt bei uns aufgelegt ist, hatten wir keine Details. Ich habe vom

damaligen Baudirektor Krähenbühl Pläne gewünscht, er konnte mir nichts richtiges geben. Die Pläne sind erst im Nachhinein richtig gemacht worden für den Kreisel. Man wusste noch keine Details, bevor er bewilligt wurde. Wenn man dies jetzt mittels des Postulats gesamthaft anschaut, der Kanton wird auf den Gemeinderat zukommen, dann ist der Gemeinderat sensibilisiert und das kommt dann sicher gut.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Wir ziehen den Gegenantrag zurück.

Cedric Roos, Präsident: Die FDP/GLP-Fraktion hat den Antrag auf Nichtentgegennahme des Postulats zurückgezogen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, damit ist das Geschäft an den Gemeinderat überwiesen.

618 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend
Gemeindeeigene Briefkästen
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4007 / A

Cedric Roos, Präsident: Die Interpellation wurde schriftlich beantwortet. Sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Grundsätzlich ja, mit einem kleinen Detail. Der Gemeinderat sagt, es sei jetzt auf der Website auffindbar, die gemeindeeigenen Briefkästen. Mich dünkt es nicht sehr einfach zu finden, weil es unter gewissen Rubriken ist. Ich denke es wäre gut, wenn es mehr auf der Front ist, allgemein, und nicht unter der jeweiligen Sparte. Die Webseite wird ja laufend angepasst.

Cedric Roos, Präsident: Herr Studer akzeptiert die Antwort der Interpellation, damit ist sie beantwortet.

619 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Interpellation von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 24.05.2011,
betreffend geplanter Spitexfusion Allschwil-Schönenbuch mit Binningen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4009 / A

Cedric Roos, Präsident: Die Interpellation wurde schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden?

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ja, ich bin zufrieden. Ich habe gestaunt über die Sorgfalt der Antworten. Ich habe gemerkt, dass es im Gemeinderat aufgenommen wurde und sie haben es sich überlegt. Ein Stück weit habe ich offene Türen eingerannt, respektive Mühlen nach Athen getragen. Diese Fragen habe sie bereits selber bewegt. Ich habe es aus den Medien gehört und dachte, dass ich mal frage, was hier läuft. Es ist auf gutem Kurs. Die Aufgabe des Gemeinderates dünkt mich nicht einfach, ich müsste sie nicht selber machen. Ich hoffe, sie landen gut.

Cedric Roos, Präsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden, damit ist die Interpellation beantwortet.

620 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 26.04.2010, betreffend Kinderspielplatzkonzept

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3939

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Mathilde Oppliger hat dieses Postulat eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass die Attraktivität der Kinderspielplätze nicht optimal ist und dass man ein besseres Konzept machen müsste. Es ist aufgefallen, dass viele Spielgeräte aus Sicherheitsgründen verschwunden sind, die Spielplätze aber mehr oder weniger eher verkommen. Der bei der Gemeindeverwaltung bei der Gartenstrasse wurde wieder schön aufgebaut. Dennoch meinen wir, dass man mehr ein Auge darauf haben müsste.

Robert Vogt, Gemeinderat: Unsere Mitarbeiter im Tiefbau haben herausgefunden, dass das Spielplatzkonzept auf das Jahr 1989 zurückgeht. Da hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, geführt unter der Kinder- und Jugendkommission, die herausgefunden hat, wo die Schwächen in Allschwil sind bei den Spielplätzen. Man hat herausgefunden, dass es grosse Defizite gab, dass man die Defizite beheben muss und dass es bessere Spielplätze gibt aus Sicherheitsgründen, wo der Spielwert höher ist. Diese Massnahmen wurden im Laufe der 90er-Jahre umgesetzt. Man hat festgestellt, dass man damit erreicht hat, dass die Spielplätze besser zugänglich sind, attraktiver in der Benutzung sind und viel mehr Wert auf die Förderung der Kinder darstellen. Das ist mittlerweile auch wieder 15 Jahre her und die Spielplatzsituation hat sich verändert. Speziell zu erwähnen ist, dass mit unseren Zonenplänen, mit den zwei Revisionen der letzten 20 Jahre, Spielplätze auch in privaten Quartierplänen zwingend notwendig wurden. Es gibt heute viel mehr Spielplätze als noch vor 15 Jahren, die eigentlich auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, obwohl sie ganz klar privat sind. Durch diese Situation hat man heute den Eindruck, dass dies nicht mehr knapp ist, das heisst, wir haben ein sehr reichliches Spielplatzangebot. Dieses wird laufend den Sicherheitsbestimmungen angepasst oder sogar ausgebaut. Ich möchte das Beispiel des Dürrenmattspielplatzes bringen, der seit diesem Sommer eine sehr attraktive Wasser-Spielanlage hat. Aufgrund dieser Situation haben wir die Situation in Allschwil nochmals angeschaut. Wir haben festgestellt, dass wir noch ein paar Schwachstellen haben, ich weise auf den Spielplatz in der Parkallee, Kreuzung Parkallee/Baslerstrasse, hin, wo wir eine sehr unbefriedigende Situation haben. Allerdings sind wir davon überzeugt, dass wir dies auch ohne Konzept vorantreiben können und dass wir dort eine gute Lösung Ihnen vorschlagen können. Deswegen möchte ich Ihnen beliebt machen, dass wir kein Spielplatzkonzept entgegennehmen sollen, sondern dass wir dafür besorgt sind, da gebe ich mein Versprechen dazu hier ab, dass wir die Spielplätze so gut wie möglich wieder auf Vordermann bringen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Der Gemeinderat sagt Nichtentgegennahme. Es braucht einen Gegenantrag, ich stelle den jetzt. Es ist klar, wir haben viele Spielplätze, die meisten auf privatem Grund. Die öffentlichen Spielplätze sind weitgehend die Schulhausspielplätze, die auch sehr rege gebraucht werden. Zwei Schulhausplätze werden in den nächsten zwei Jahren verschwinden, Gartenstrasse und Bettenacker. In diesem ganzen Gebiet gibt es dann nichts mehr. Wenn jemand in unserem Quartier von Spielplätzen redet, dann sagt er Steinbühlmätteli. Das ist Basel. Wir haben ein paar Spielplätze, die Frage ist, wo. Robi Vogt hat den an der Tramstation angesprochen. Der ist wirklich nicht sehr anmähelig. Wir haben ein Grünflächenkonzept, das läuft. Ich stelle einen Antrag, dass wir euer Anliegen einbauen in das Grünflächenkonzept. Wir haben die Wegmatten und viele Plätze, die zur Diskussion stehen für Veränderungen. Wir haben Pausenplätze, die verschwinden. Wir haben jetzt noch unverbaute oder neu verbaute Plätze. Wir brauchen dezentrale quartierbezogene öffentliche Plätze, nicht auf einem Privatareal, Privatplätze sind nicht Sache von uns, das machen die einzelnen Quartierpläne unter sich aus, wer dort spielen darf. Es hiess, dass beim Paradies bei den Migroshochhäusern, fremde Kinder verschwinden müssen. Nehmt diese Idee, macht euren Antrag bitte so, dass euer Anliegen in das Grünanlagenkonzept eingebaut wird, dann haben wir eine lange Planung, wie es weiter geht mit den Pausenplätzen und den Quartieren.

Robert Vogt, Gemeinderat: Als Ergänzung zu Jean-Jacques Winter möchte ich sagen, dass wir beim Schulhaus Gartenstrasse sowie beim Schulhaus Bettenacker bis jetzt noch überhaupt keine Absichten haben, die Spielplätze verschwinden zu lassen. Bei den Verkaufsentscheidungen, die anstehen, redet der Einwohnerrat mit. Ich würde es dort nicht wagen, den Spielplatz einfach verschwinden zu lassen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Für mich ist es klar, mit diesem Satz, den jetzt Robi Vogt gesagt hat, dass wir ein Kinderspielplatzkonzept brauchen, um das Augenmerk darauf zu halten, damit die nicht verschwinden. Die Projekte stehen an und je nach dem, könnte ein Bettenacker könnte völlig überbaut werden. Damit man an das denkt, braucht es ein solches Konzept. Ich bin gegen die Rückweisung des Postulats.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Wir müssen aufpassen, dass wir den Bogen nicht überspannen. Der Gesetzgeber verpflichtet Eigentümerschaften von grösseren Überbauungen, wie es Gemeinderat Vogt gesagt hat, Spielplätze einzurichten. Ich bitte Sie, dies zu begutachten im Elco Park, im Letten oder im Holee-Park, wo ich selber wohne. Dort sind breit angelegte Spielplätze vorhanden, die sogar aus der Nachbarschaft mitgenutzt werden.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe schon vor Jahren eine Interpellation gemacht wegen dem Spielplatz bei der Kirche. Frau Huschke und ich hatten gleichzeitig unsere fünf Kinder und wir waren sehr oft auf diesem Spielplatz, weil der so lustig war. Er hatte ein tolles Karussell und eine Schaukel, die es sonst nirgendwo gab. Dann wurde dies plötzlich abgeschafft, weil es angeblich zu gefährlich war, und dann ist der Spielplatz verwaist. Unsere ältesten Kinder haben Jahrgang 1992 und jetzt sind wir im Jahr 2011. Ich möchte, dass dies nicht verloren geht. Bewegung ist total wichtig. Wenn ein Spielgerät gefährlich ist, dann kann man das abbauen, aber dann muss sofort etwas neues kommen. Da ist mir das Versprechen von dir, Robi Vogt, zu wenig. Ich möchte, dass etwas ganz konkret geht.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Bei uns in der Fraktion kam es knapp dazu, dass wir überweisen möchten. Die Begründung ist die, die Herr Winter teilweise schon gesagt hat. Das Problem bei privaten Spielplätzen ist, dass diejenigen, die dafür sind, nicht der Überzeugung sind, dass die anderen beliebig lang dort spielen oder dabei sein dürfen. In meinem Quartier stelle ich fest, dass auf den privaten Spielplätzen lediglich die Kinder von diesem Block akzeptiert werden und dass die Kinder von anderen Blöcken nicht darauf gehen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich bitte das Postulat, das wir eingereicht haben und das eine ganzheitliche Sicht übers Ganze geben soll, zu Herzen nehmen, und jetzt nicht einzelne Konzepte zu machen. Darum habe ich das eingereicht, denn jetzt ist der Zeitpunkt da, von der Grösse, die Allschwil hat, dass wir dies miteinander vernetzen müssen. Wir können nicht sagen, dass wir jetzt etwas für die Kinder machen und dann stellen wir wieder die Überbauung in Frage. Die Kinder sind jetzt wichtig geworden, weil die Schulhäuser weggehen. Es ist eine Vernetzung, wie ein Mobile. Wenn man an einem Ort zieht, dann wackelt das Ganze. Ich bin dafür, dass man es beim Postulat, das wir eingereicht haben, das wir Stadtentwicklungskonzept Allschwil nennen, anschaut. Allschwil hat eine Grösse, wo jedes Projekt immer die anderen Departemente innerhalb der Verwaltung betrifft. Wir brauchen ein Raumplanungskonzept für unsere Stadt bzw. für unsere Gemeinde oder für unser Dorf, das ganzheitlich sein muss.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte auf keinen Fall sagen, dass mir das Versprechen von Robi Vogt zu wenig ist. Wir sind trotzdem der Meinung, dass dieses Versprechen in einem Postulat schriftlich festgehalten werden soll. Wir von der CVP-Fraktion halten an diesem Postulat fest. Die Diskussion zeigt, dass das Bedürfnis offensichtlich da ist nach einem Kinderspielplatzkonzept. Wir möchten es auch nicht vermischen mit einem Grünanlagenkonzept etc. Wir meinen, das sind zwei verschiedene paar Stiefel, die man nicht miteinander vermischen sollte. Wir stellen den Antrag, dass das Postulat entgegengenommen wird.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Zu den privaten Spielplätzen. Ich wohne in einer neuen Siedlung mit zwei Spielplätzen. Es ist sehr schön und war anfangs sehr lebendig. Als dann die Siedlung mal verkauft wurde, standen plötzlich schöne Verbotsschilder da. Man darf nicht einmal mehr hindurchlaufen, es ist jetzt privat. Im Quartierplan ist der Spielplatz klar drin. Dass er öffentlich ist, weiss man heute nicht mehr und es stehen da Verbotsschilder. Es wurden auch schon Kinder weggewiesen, das stört mich extrem. Es wäre sinnvoll, dass Spielplätze, die privat sind, in Quartierplänen vorgeschrieben sind, und dadurch auch öffentlich zugänglich sein sollten. Hans-Peter Tschui hat den Elco Park erwähnt. Der hat einen sehr schönen Platz. Ich wurde dort schon angezündet, weil ich es gewagt habe, dort durchzulaufen. Man hat mir gesagt, dass die Wohnung gekauft wurde, ich hätte da nichts zu suchen und es sei ihre Gegend. Da wird es dann ganz anders und ich möchte nicht wissen, wie da spielende Kinder behandelt werden. Es wäre sinnvoll, wenn wir ein Konzept hätten, wo man sieht, was wo vorhanden ist.

Christoph Benz, CVP-Fraktion: Es tut mir leid, dass ich schon wieder das gleiche sage heute Abend. Es geht mir gleich, wie es Frau Balsiger und Armin Bieri gesagt haben. Es ist auch bei meiner Genossenschaft, wo ich wohne, so, dass die Leute auch Teilhaber daran sind, wo sie wohnen. Wenn man dazu gehört, ist es gut, aber sonst kann man wieder gehen. Nicht, weil das so verlangt wird, sondern weil es die Leute so machen. Wir haben das Piratenschiff diesen Sommer neu gebaut und es wird als „unseres“ betrachtet. Ich habe mich früher auch dort hinten hingesetzt und es genossen, heute könnte es passieren, dass mich jemand wegschickt. Wir müssen Sorge tragen zu den Spielplätzen. Auch beim Bettenacker hat es einen genialen Baum zum Klettern, eine Weissbuche, die nicht von heute auf morgen so wuchert. Das wird bedroht, wenn man dort überbaut, dann ist dieser Platz vielleicht weg. Man muss sich dort gut überlegen, was man wie will. Es braucht irgendeine Form von Konzept.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Morgen morgen, nur nicht heute, sagen alle faulen Leute, oder die, die einfach nichts machen wollen. Es ist eine gute Sache. Wenn wir warten wollen, bis das Stadtentwicklungskonzept von euch SP zum Tragen kommt, wann wird es denn behandelt, wann überwiesen, wann umgesetzt und wann ist es fertig? Ich rechne damit, dass dann die Kinder erwachsene Leute sind. Wir haben bestehende Spielplätze, wo es immer wieder heisst, dass sie verwaist sind und dass man etwas machen muss. Also wenn, dann machen wir jetzt etwas, also Nägel mit Köpfen. Es ist ein Postulat, es wird nichts konkretes gefordert. Der Gemeinderat hat die Möglichkeit, das, was er uns gesagt hat, aufs Papier zu bringen, dann kann man das eine oder andere umsetzen. Die privaten Spielplätze sind ein Problem. So lange ein Kind dieser Siedlung dort spielt, dürfen sicher die Gspänli herein, aber sonst nicht, denn es ist nicht öffentlich. Für Kultur machen wir in Allschwil so viel, für die Erwachsenen macht man so viel. Machen wir doch für die Kinder auch etwas, das ist auch Kultur.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Hier werden zwei Sachen miteinander vermischt. Das eine ist ein gesellschaftliches Problem. Es gehört alles nur mir und dort wo ich bin, möchte ich niemanden anderen. In unserer Überbauung, es ist eine grosse Überbauung, haben wir von jeder Seite des Dorfes Leute beim spielen. Bei uns heisst es ganz klar, dass es ein Spielplatz ist. Dort muss man sich dementsprechend benehmen, das ist das andere. Wenn man das Gefühl hat, dass man auf überbauungsinternen Spielplätzen sich schlecht benehmen kann, dann verstehe ich schon, dass man dann weggewiesen wird. Bei uns wurde noch niemand vom Platz gewiesen. Es wurde das Beispiel gebracht mit der Dürrenmatten, die mussten schon repariert und ersetzt werden, weil nicht Sorge getragen wurde. Man kann viel Neues machen, aber genau so schnell, wie es aufgestellt wurde, ist es dann auch wieder kaputt.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich bin ein bisschen ketzerisch und sage: Wenn wir uns immer auf die Versprechen verlassen könnten, wäre es nicht so weit gekommen. Meine Kinder sind mittlerweile junge Erwachsene. Wir mussten teilweise recht weit gehen, bis sie einen Spielplatz gefunden haben, um sich zu amüsieren. Mir ist auch aufgefallen, wie dezentral das Jugendfreizeithaus ist. Das ist voll von Kindern. Es gibt ein Bedürfnis, Kinder möchten Bewegung, sie möchten Spass haben. Man kann nicht sagen, dass es an den Kindern liegt. Ich möchte, dass etwas schriftliches vorliegt, das man in der Hand halten kann, und dann geht etwas. Wir haben die Zahlen der vielen Kinder gehört und von den vielen Siedlungen, die gebaut werden sollen. Dann sollte es auch prozentual dazu Spielplatzangebote haben.

Cedric Roos, Präsident: Es sind keine Redner mehr auf der Rednerliste, die Beratung ist abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Geschäft wird mit 32 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen überwiesen.

PAUSE

Cedric Roos, Präsident: Wir fahren mit der Sitzung fort. Ich gebe das Wort dem Gemeinderat fürs Info-Fenster. Es gibt keine Neuigkeiten des Gemeinderates für das Info-Fenster. Wir fahren mit der Traktandenliste weiter.

621 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 22.10.2010, betreffend
Schriftliche Erläuterungen des Gemeinderates zu den Vorstössen
Antrag des Büros: Nichtentgegenahme
Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 3967

Cedric Roos, Präsident: Da ich die Geschäftsvertretung für das Büro übernehmen werde, lasse ich das Geschäft vom Vizepräsidenten leiten, Herr Adam.

Cedric Roos, Präsident: Das Wichtigste in Kürze: Das Verfahrenspostulat von Josua M. Studer möchte, dass die Anträge des Gemeinderates schriftlich erläutert werden. Profiteure einer solchen Regelung wären alle diejenigen, die keinen Zugang zu einem Gemeinderat an den eigenen Sitzungen haben. Konkret betrifft dies die Fraktionen der SVP, der Grünen und die SD, also insgesamt 12 Personen. Trotz dem Benefiz für die betroffenen Fraktionen ist das Büro des Einwohnerrates der Überzeugung, dass der Nutzen in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand steht. Im Vordergrund stehen folgende Erwägungen.

1. Mit der gewünschten Regelung findet der politische Entscheidungsfindungsprozess früher statt. Wenn wir dem Gemeinderat vorschreiben, seine Begründungen zwei Wochen im Voraus schriftlich darzulegen, nehmen wir ihm die Möglichkeit tagesaktuell zu agieren.

2. Oftmals sind nur Erklärungen zu vereinzelt Themen erforderlich. Mit der gewünschten Regelung müsste der Gemeinderat zu allen vorliegenden Vorstössen schriftlich Stellung nehmen. Das führt zwangsläufig zu einem Leerlauf im Gemeinderat. Es ist sinnvoller, mit konkreten Einzelfragen direkt zu einem Gemeinderat zu gehen. Mir ist nicht bekannt, dass ein Gemeinderat eine Auskunft verweigern würde. Das Büro des Einwohnerrates spricht sich für schlanke Gemeindestrukturen aus, auf unnötige Formalitäten soll, wenn möglich, verzichtet werden. Auf diesem Hintergrund empfiehlt das Büro des Einwohnerrates das Verfahrenspostulat abzulehnen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Unser Gemeindepräsident hat angefangen zu schmunzeln bei den schlanken Strukturen, bei tagesaktuell musste ich schmunzeln. Wenn der Gemeinderat seine Meinung abgegeben hat, dann hat er sie abgegeben. Er darf schon noch tagesaktuell sein, aber ich gehe davon aus, wenn er es im Gremium behandelt hat, dann wird er nicht tagesaktuell als Einzelperson anders agieren. Es wurde aufgezählt, wer die Profiteure vom Rat wären. Wenn von 40 Personen 12 Personen profitieren können, dann ist das keine Kleinigkeit. Ich möchte den Fächer öffnen und sagen, dass es nicht nur um uns alleine geht. Die Traktandenliste wird im Allschwilerblättli publiziert. Die Traktandenliste wird den Journalisten zugespielt, nicht so wie heute, wo sie die Vorstösse angeblich nicht erhalten haben. Sie liegen nicht auf, Sie haben also unserer Beratung nicht Folge leisten können, weil sie die Papiere nicht hatten von den drei neuen Vorstössen. Meine Frau und ich sind bereit und werden diese den Journalisten geben, sie dürfen sich selber darum balgen, wer der Verlierer ist. Vielleicht kann noch jemand anderes das dritte Bündeli geben. Wieso soll ich in einer Beratung sagen, dass ich nicht weiss, weshalb der Gemeinderat dies nicht gut findet. Der Gemeinderat ist nicht immer bei der Beratung der Fraktion dabei. Das hatten wir auch im Landrat, der Regierungsrat sass nicht jedes Mal dabei. In einer Fraktionssitzung

sollte man diese Sachen beraten können und nicht einzeln zu einem Gemeinderat gehen müssen. Wenn man eine Fraktion von 7 Personen oder mehr hat, dann muss man sich zuerst absprechen, wer von der Fraktion bei welchem Gemeinderat nachfragen geht. Somit halten wir den Gemeinderat in seiner Arbeit auf mit Sachen, die nicht nötig wären. Wenn er einen Beschluss fasst, dann ist der gemacht. Warum kann man dann nicht kurz ein paar Zeilen dazu schreiben? Ich erwarte keinen 3-seitigen Bericht. Fragt Herr Bammatter, der ist jetzt topaktuell im Landrat. Dort macht das der Regierungsrat auch. Es ist augenfällig, der Einwohnerrat möchte gerne alles ein bisschen anders machen als der Landrat. Er verschärft seine Reglemente, er tut Sachen rein, die nicht nötig sind, Sachen, die topp wären, unterbindet er, Sachen, die andere nicht machen, schreibt er sich selber vor, das ist eine richtige Wundergugge hier. Ich staune, dass Verfahrenspostulate, die einen Sinn geben und an anderen Orten gemacht werden, vom Büro abgelehnt werden.

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Herr Studer, ich bitte Sie, sich kurz zu fassen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Das ist kurz, ich könnte viel länger reden. Es ist nötig, dies ausführlich zu sagen, damit Sie es verstehen. In meinen Notizen steht: Kurze Erklärung, keine langen Berichte, erleichtert Vorbereitung und Meinungsbildung. Hat Büro die Idee nicht verstanden? Das habe ich mich gefragt, als ich gehört habe, dass das Büro dies nicht möchte. Was ist schlimm, wenn wir noch etwas in der Hand hätten? Es ist noch lange nicht jeder in einer Fraktionssitzung anwesend und er muss sich trotzdem ein Bild machen können.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Wir Grünen wären natürlich auch sehr froh, wenn wir mehr Informationen hätten. Es kommt immer wieder an unseren Fraktionssitzungen das Problem auf, weil wir uns schlecht vorbereiten können, weil wir nicht genau wissen, was die Gründe dafür sind, dass der Gemeinderat etwas ablehnt. Ich rede nicht länger, Josua M. Studer hat schon alles gesagt. Wir brauchen nicht alles ausformuliert, eine stichwortartige Begründung würde uns sehr helfen.

Jean-Claude Bourgnon, SP/EVP-Fraktion: Das Problem geht tiefer. Aus meiner Sicht wäre es wünschbar, wenn man den Ratsbetrieb ein bisschen straffen könnte, wenn eine gewisse Selbstdisziplin und Selbstbeschränkung beim Einreichen von Interpellationen und Vorstössen eingehalten werden könnte.

Andreas Bammatter SP/EVP-Fraktion: Danke für das Votum wegen dem Landrat. Der Landrat ist anders organisiert. Man steht dort auch auf, wenn man redet. Wir haben es hier anders und das ist gut so. Es ist die Partei von Herrn Studer, die immer die Autonomie der Gemeinde möchte, also machen wir das hier. Das ist nur eine Klammerbemerkung. Wenn der Gemeinderat ein Wort anders schreibt, dann hacken wir auf den drei Zeilen und auf den zwei Stichwörtern rum. Wenn wir ein Postulat eingeben und der Gemeinderat begründet, weshalb er es nicht annimmt, dann macht er relativ tiefe, nicht abschliessende, aber tiefe, Prüfungen und Berichte. Er sagt, weshalb er es nicht will, er hat Abklärungen gemacht. Wir erinnern uns an vor der Pause, wo Gemeinderat Vogt uns ausführlich gesagt hat, was mit den Spielplätzen los ist. Er hat 1989 angefangen, er hat eine Prüfung mit seinen Leuten im Departement gemacht. Jetzt geht es einen Schritt weiter, weil das Parlament gesagt hat, dass er es vertiefen soll. Wenn er mit einem Dreizeiler schriftlich macht, dann muss er es trotzdem noch mündlich machen. Und er macht es 14 Tage vorher, das heisst, wir verlängern die Zeitachse nochmals mehr.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Herr Bammatter hat genau das gesagt, was ich auch sagen wollte, ich schliesse mich ihm an. Ich betone, dass unsere Erfahrung in der Fraktion ist, dass man an jeden Gemeinderat herantreten kann und genauer nachfragen kann, weshalb sie beispielsweise ein Postulat nicht entgegennehmen möchten. Dafür sind sie da, und wir möchten einen möglichst schlanken Ratsbetrieb und nicht administrative Hürden einbauen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben das auch ausgiebig diskutiert. Wir sind der Meinung, dass ein Vorstoss des Gemeinderates nur dann schriftlich zu begründen ist, wenn der entsprechende Vorstoss überwiesen wurde. Wenn er bereits vor der Überweisung schriftlich begründet

werden muss, dann wird etwas vorweggenommen, über das erst abgestimmt werden muss. Es macht wenig Sinn, bereits vorher eine schriftliche Begründung zu verlangen, das muss der Gemeinderat erst nach der Überweisung machen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Nach drei Jahren ist der Einwohnerrat zu 50% ausgewechselt. Ein grosser Teil von hier drin weiss nicht, was alles schon passiert ist. Ich erinnere mich an eine Situation, wo Frau Pausa, jetzt Gemeinderätin, noch Einwohnerrätin war und dort drüben sass. Wir haben über das Einwohnerratsreglement geredet und ich habe kurzfristige diverse Anträge gestellt. Frau Pausa hat an diesem Abend sämtliche Vorstösse abgelehnt, weil sie begründet hat, sie könne nicht innert weniger Minuten eine Entscheidung treffen könne. Wir sind aber genau in der gleichen Situation, wenn wir vom Gemeinderat hören, was er dazu meint, dann müssen wir innert wenigen Minuten eine Entscheidung treffen. Damals war Frau Pausa in der besseren Situation, weil sie diese Sachen schriftlich vorliegend fand, als sie hereinkam und den halben Abend lesen konnte. Deshalb wäre es fast interessant zu wissen, was Frau Pausa dazu meint, dass wir vorinformiert werden und abstimmen können.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nur kurz zum Schluss. Wenn wir 10 Tage dies vorher zuhause haben, dann hat es der Gemeinderat 14 Tage vorher geschrieben. Was in dieser Zeit passiert, das wissen die Sterne. Das heisst, dass die Traktandenliste einen Monat später kommt. Was wir früher viel mehr gepflegt haben, ich denke an Noldi als Fraktionschef, an Max Ribi und Hanspeter Frey, wir haben uns ausgetauscht. Ich bin x-mal mit dem Velo zu dir gefahren und habe gefragt, wie es aussieht. Manchmal konnten wir einen Stein miteinander versetzen. Es liegt auch an den Fraktionen, sich zu informieren. Wir haben oft an den Fraktionssitzungen eingeladen, um Informationen zu erhalten. Wir haben auch mit den Grünen zusammen Fraktionssitzungen gemacht, damit der Austausch läuft. Es liegt auch an uns. Matthias hat gestern probiert, mich krampfhaft anzurufen. Man kann nachfragen, ich weiss, was er wollte und ich konnte ihm Antwort geben. Eine Antwort 10 oder 14 Tage vorher geschrieben, kann nicht aktuell sein.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich kann das Argument nicht ganz nachvollziehen, dass eine kurze schriftliche Begründung den ganzen Ablauf in die Länge ziehen würde. Ich gehe sehr davon aus, dass der Gemeinderat seinen Entscheid aufgrund von Argumenten fällt und nicht zuerst eine Ablehnung empfiehlt und danach die Argumente überlegt. So gesehen spricht nichts dagegen, dass man die Argumente offen legt. Es muss nicht ausführlich sein, sondern knapp und bündig. Es kann auch im Rahmen der Traktandenliste sein, das würde uns reichen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Das war toll, was Nedim gesagt hat. Wenn ich ein Geschäft in der Hand habe, dann kann ich sagen, dass die SVP Ja sagt und die SP Nein, weil wir klare Strukturen kennen dieser Partei. Beim Gemeinderat ist es eine zusammengewürfelte Gruppierung. Man weiss nicht, wie der Entscheid zustande gekommen ist. Ist er einstimmig? War er knapp? War es ein Stichentscheid? Wie viele waren an der Sitzung anwesend? Das weiss man nicht. Es heisst, es seien nur 12, die keinen Zugang direkt zu einem Gemeinderat haben, die sollen halt sonst schauen. Da wird eine Minderheit nicht richtig wahrgenommen und damit wird die Demokratie mit Füssen gestossen.

Rolf Adam, 1. Vize-Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung.

://:

Das Verfahrenspostulat wird mit 34 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen nicht überwiesen.

622 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Motion von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 17.11.2010, sowie Bericht der Kommission der Gemeindeordnung und -reglemente betreffend Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats § 66 Redeordnung

Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 3976 / A

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Wir hatten eine Sitzung in der Reglementscommission betreffend dieser Motion. Wir haben uns juristisch beraten lassen über Paragraph 66, Sie können das im Bericht nachlesen. Was gefordert wird, könnte man bereits mit dem heutigen Artikel durchsetzen, man könnte es noch direkter formulieren. Wir haben darüber diskutiert, ob es Sinn macht, das Einwohnerratsreglement nochmals abzuändern, es wäre glaub der 66. Änderungsvorschlag in knapp 10 Jahren gewesen. Wir fanden, dass wir es so belassen möchten, weil man es jetzt bereits so durchsetzen könnte. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es sinnvoll ist, das ganze Einwohnerratsreglement durchzustrahlen. Das ist eine grössere Aufgabe, die dann auch nicht ganz gratis ist und sinnvollerweise in der neuen Legislatur angepackt wird. Daran arbeiten wir ein bis zwei Jahre, bis das durchgearbeitet ist. Der Antrag der Kommission ist mit 5 zu 2 Stimmen der Vorschlag zur Nichtentgegennahme.

Cedric Roos, Präsident: Es wurde eigentlich alles gesagt. Alle geforderten Punkte sind in der bestehenden Regelung bereits enthalten und der Präsident soll eine gewisse Freiheit und einen Ermessensspielraum haben. Erlauben Sie mir eine rhetorische Frage, ich musste ein bisschen lachen. Ich habe gelesen: Die Ratssitzungen dürfen nicht zur Selbstinszenierung missbraucht werden, Ausnahmen nur mit Genehmigung des Einwohnerratspräsidiums. Heisst das, dass die Grüne Fraktion mir die Genehmigung geben möchte, die Sitzung zur Selbstinszenierung zu nutzen? Ich glaube nicht und ich verzichte auf dieses Recht. Das Büro empfiehlt den Vorstoss zu Ablehnung.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich darf im Namen der Motionäre Stellung nehmen zu diesem Vorstoss. Wir haben zwei Änderungen, die zur Klärung der Situation beitragen werden. Wieso kam es überhaupt zu dieser Motion? Wir haben festgestellt, dass vor allem am Anfang der Legislatur sehr heftige Diskussionen stattgefunden haben. Es ist klar, dass wir hier sehr heterogen zusammengesetzt sind, wir sollen ja auch die Bevölkerung abbilden, darum ist klar, dass wir unterschiedliche Ansichten haben und dass es Diskussionen gibt. Der Einwohnerrat ist der richtige Ort, um miteinander zu diskutieren. Die Frage ist, auf welche Art und Weise diskutiert wird. Wir meinen, es soll eine sachliche Diskussion bleiben und es geht nicht darum, sich gegenseitig zu diffamieren und schlecht zu machen. Dem möchten wir einen Riegel schieben und darum haben wir diese Motion formuliert. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Motion nicht das richtige Instrument ist, darum möchten wir die Motion in ein Verfahrenspostulat umwandeln, das wurde bereits beanstandet. Wir möchten gerne einen Satz streichen, und zwar den Satz: Die Ratssitzungen dürfen nicht zur Selbstinszenierung missbraucht werden. Diesen Satz möchten wir streichen, wir haben gemerkt, dass er juristisch nicht einwandfrei formuliert ist und dass ein grosser Spielraum besteht. Wenn man ihn weglässt, dann ist klar, dass sich die Ausnahmen nur auf die zwei Wortmeldungen beziehen. Wir möchten gerne anregen, dass das Verfahrenspostulat mit den zwei erwähnten Änderungen überwiesen wird: Umwandlung in ein Verfahrenspostulat und Streichung des Satzes „ Die Ratssitzungen dürfen nicht zur Selbstinszenierung missbraucht werden“. Es wäre auch im Sinne der Steuerzahler, dass die Sitzungen zukünftig speditiver stattfinden und wir mit der Traktandenliste durchkommen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wir müssten also eine Fachgruppe einsetzen, die festhält, was eine Selbstinszenierung ist. Das ist subjektiv, das kann man aufnehmen, wie man will, das kann man in jeder Situation nehmen. Mir wurde hier vor Monaten von Hans-Peter Tschui unterstellt wie heute Abend von Herrn Bougnon, man sollte anständige Vorstösse machen. Ich nehme mir das Recht zu sagen, dass es ein Bedürfnis von mir ist, dass ich sehe, dass wir etwas ändern sollten. Ich habe oft auch Mühe mit Vorstössen, wo ich nicht sehe, was der Sinn sein soll. Ich werde sicher nicht einem, der einen Vorstoss schreibt, unterstellen, er habe das zur Selbstinszenierung gemacht, um ein bisschen Action zu haben. Ich gehe davon aus, dass Sie alle erwachsen genug sind, um zu wissen, dass dies kein Kinderspielzeug ist, sondern ein Bedürfnis. Als ich noch in der SVP war, hiess es in einer Fraktionssitzung: Wieder der Scheiss-Vorstoss von der Scheiss-SP. Da habe ich grad reagiert und gesagt, dass ich das nie wieder hören will. Ich möchte das von der SP auch nicht hören, es sei ein Scheissvorstoss von der Scheiss-SVP. Es ist ein Parteiprogramm und dahinter steht eine Ideologie. Wenn es eine Selbstinszenierung einer einzelnen Person ist, dann ist sie zu bedauern. Dies einfach jemandem zu unterstellen, nur weil man nicht gleicher Meinung ist, finde ich der Hammer. Ich musste schon schmunzeln. Es tönt bei Herrn Bieri schon bald wie beim Gemeinderat. Wir schauen dann mal und wir machen dann mal. Das Einwohnerratsreglement, als ich noch in der Kommission war, wollte ich neu machen. Ich habe viel Zeit

investiert, die nicht in Rechnung gestellt wurde. Ich habe Ausdrücke gemacht vom Pratteler-Reglement und vom Binninger-Reglement. Wir haben uns damals geeinigt, wir können das Reglement von Pratteln übernehmen, man müsste nur noch in Pratteln anfragen und dann müsste man nur noch Pratteln mit Allschwil ersetzen. So ginge das keine zwei Jahre. Dann sind wir wieder bei dem Spruch, den ich heute Abend schon einmal gesagt habe: Morgen morgen nur nicht heute, sagen alle faule Leute.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Ich sitze auch in dieser Kommission und wir hatten dort juristischen Beistand und haben das abgeklärt, was ist machbar, was nicht, was ist sinnvoll und was nicht. Wir waren der Ansicht, dass es nicht sinnvoll ist, ein Reglement zu ändern - ich sage jetzt nicht wegen Josua M. Studer - sondern wegen einer Person. Ich kann im Namen meiner Fraktion empfehlen, diese Motion nicht anzunehmen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Lieber Josua, so wie ich es verstanden habe, geht es um die Redeordnung und nicht darum, wie man Vorstösse behandelt oder nicht. Wir wissen, dass du ein extrem Fleissiger bist, aber wenn du so lange ausführst, was du immer alles gemacht hast, dann würde ich das als Selbstinszenierung anschauen. Ich sage dir das jetzt ganz liebe. Nicht, wie man mit Vorstössen umgeht, sondern es geht ums Reden.

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann stimmen wir ab.

://:

Das Verfahrenspostulat wird mit 33 Nein-Stimmen zu 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

623 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 29.03.2011, betreffend Erhebung eines 2/3 Mehr ohne die Enthaltungsstimmen
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 3998

Cedric Roos, Präsident: Das Verfahrenspostulat wurde an anderer Stelle bereits diskutiert. Ich habe mir das Protokoll der Landratsitzung ausgedruckt und möchte auf die wichtigsten Punkte hinweisen, vielleicht können wir damit Zeit sparen. Die Landratspräsidentin und das Büro waren einstimmig der Ansicht: „Mit der beantragten Änderung würde die Dringlicherklärung von Vorstössen künftig erleichtert werden. Dies wiederum könnte dazu führen, dass noch vermehrt versucht würde Vorstösse dringlich behandeln zu lassen, was aber weder der Seriosität der Beantwortung der Vorstösse, noch einem effizienten Ratsbetrieb dienlich wäre“. Der Landrat hat dann aber anders entschieden mit folgender Begründung. Daniele Ceccarelli, FDP: Nach der heutigen Regelung zählen die Enthaltungen faktisch als Nein-Stimmen. Auch beispielsweise in einer Generalversammlung sind die Enthaltungen belanglos. Batrice Herwig, CVP: Die CVP/EVP-Fraktion sei von der Frage ausgegangen, ob man eine Erleichterung der Dringlichkeit wolle. Die Fraktion sprach sich einstimmig dagegen aus. Josua M. Studer, SD, erachtet die Enthaltungsstimmen als wahnsinniges Unding. Eine Enthaltungsstimme ist nur bei persönlicher Betroffenheit und Interessenskonflikten in Ordnung. Ruedi Brassel, SP meint zur Logik in dieser Angelegenheit: Wenn er nach der Dringlichkeit gefragt werde, dann antworte er ja oder nein. Wenn er mit „ich weiss nicht“ antwortet, dann erachtet er die Angelegenheit ebenfalls als nicht dringlich. Das Wichtigste ist damit gesagt und Beatrice Herwig sagt das sehr treffend. Die Frage ist, ob wir heute eine Verschärfung oder eine Lockerung dieser Regelung wollen. Das müssen wir heute Abend beurteilen. Die bestehende Regelung ist ein qualifiziertes Mehr. Man möchte die Hürde hoch stecken und das Büro sieht keinen Grund, die bestehende Regelung zu lockern, mit der Begründung, dass dies nur dazu führt, dass vermehrt dringliche Vorstösse eingereicht werden. Wir haben es heute bereits gesehen, viele unserer Vorstösse sind dringlich, obwohl es vom Rat nie oder selten angenommen wird und das möchten wir unterbringen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wenn man einem Journalist einen Leserbrief schreibt, der 1800 Zeichen hat, und nachher nur 1500 kommen, dann muss man davon ausgehen, dass unter Umständen gewisse Teile herausgenommen wurden, die nicht ganz zeitungsgenehm sind oder sonst irgendwie. So ist es auch mit dem, was unser Herr Präsident vorgelesen hat. Er hat nur gewisse Wortmeldungen wiedergegeben, nämlich diejenigen, die angenehm sind und einen Sinn geben. Die Grundidee dieses Vorstosses war im Landrat, dass sich bei der Frage nach der Dringlichkeit immer ein gewisser Teil bequem aus der Verantwortung zieht, indem sie die Stimme nicht abgeben. Und weil sie die Stimme nicht abgeben, aber den Anwesenheitsknopf drücken, ist ein Zweidrittelsmehr zu erreichen sehr schwer. Wenn man die Hürde hoch machen will, dann sollte man die Hürde offiziell hoch machen, indem man die einzelnen Politiker in die Pflicht nimmt. Ein Politiker hat in meinen Augen Ja oder Nein zu sagen. Eine Enthaltungsstimme finde ich etwas vom Schätzigsten, was ein Politiker machen kann, ausser er ist direkt betroffen. Wir sind Volksvertreter, wir haben eine Meinung zu vertreten. Im Wahlkampf erzählen wir der Wählerschaft, was wir alles für sie machen werden. Aber wenn es dann ein bisschen schwierig wird – im Landrat geht man dann Kaffee trinken, hier kann man nicht davonlaufen –, dann streckt man die Karte nicht auf. Das ist doch einfach „bireweich“, Entschuldigung. Ich erwarte, dass eine Stimme abgegeben wird. Es hat in letzter Zeit noch mehr eingerissen, die SVP macht in letzter Zeit oft Stimmenthaltung. Ich verstehe es nicht. Ich finde das etwas vom Schätzigsten, Stimmenthaltungen zu machen. Deshalb habe ich das aufgenommen und bringe das hier auch, weil es hier auch eingerissen hat, dass Dringlichkeiten für einen Vorstoss nicht gegeben werden, weil Enthaltungen gemacht werden. Wenn die Dringlichkeit nicht gegeben wird, weil die Leute ihre Stimme gegeben haben, dann ist es gut, dann wissen wir woran wir sind.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich lasse mich nicht so gerne beleidigen, lieber Josua. Wenn ich bei gewissen Vorstössen, weder 100% ja noch 100% nein sagen kann, dann nehme ich mir das Recht heraus, mich der Stimme zu enthalten, weil ich weder die Ja- noch die Nein-Stimme vertreten kann. Das gibt es selten, aber immer wieder. Und dann möchte ich als Volksvertreterin ehrlich sein, anstelle einer Meinung hinterher laufen. Wir haben die Meinungsfreiheit und die Freiheit, so zu stimmen, wie es uns passt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat dies auch angeschaut und wir sind zum Schluss gekommen, dass die Zweidrittelsmehrheit bewusst mit den enthaltenen Stimmen gezählt wird. Es gibt ja die Abstufungen in das einfache Mehr, das absolute Mehr und das Zweidrittelsmehr. Beim absoluten Mehr braucht es die Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigungen und nicht nur die Mehrheit der tatsächlich Stimmentenden, ohne dass die Enthaltungsstimmen mitgezählt werden. Das Zweidrittelsmehr soll eine Stufe höher sein, und wenn beim absoluten Mehr die Enthaltungen mitzählen, dann soll dies beim Zweidrittelsmehr auch gelten. Sich der Stimme zu enthalten, ist ein Recht, das jeder Einwohnerrat und jeder Landrat hat. Es gibt nur wenig Gremien, wo das ausdrücklich per Gesetz untersagt ist. Das ist zum Beispiel beim Gericht so. Die Richter müssen eine Stimme abgeben, sie dürfen sich nicht enthalten. Die Parlamentarier dürfen das und daran ist nichts verwerflich.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir von der FDP/GLP-Fraktion sind der Meinung, dass wir das Verfahrenspostulat nicht überweisen sollen. Auch wir meinen, dass die Zweidrittelsmehrheit so hoch angesetzt wurde. Es macht keinen Sinn, wenn wir sie wieder absenken. Der Einwohnerrat kennt die Spielregeln und alle Einwohnerräte wissen, dass ihre Enthaltung zählt und wie ein faktisches Nein gilt. Aus diesen Überlegungen heraus sind wir gegen die Überweisung.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Liebe Barbara Selinger, es wurde gewünscht, ich solle nicht immer alles wiederholen. Ich habe x-fach gesagt, dass Stimmenthaltungen ohne Erklärung, wieso man sich der Stimme enthält, schlecht sind. Ja, man darf hin- und hergerissen sein. Jetzt hat Jérôme Mollat grad gesagt, es sei ein faktisches Nein. Aber wenn man hin- und hergerissen ist, dann könnte es auch ein faktisches Ja sein. Genau dort liegt es. Weil man sich nicht ein Bild machen kann, sind wir wieder bei dem Punkt, dass wir vorgängig mehr Infos haben sollten. Dann könnte man sich bilden und muss sich nicht innert Minuten entscheiden und kann eher ja oder nein sagen. Das hat nichts mit einer Beleidigung zu tun, wenn ich sage, dass es sich nicht gehört, wenn ein Politiker sich der Stimme enthält. Das hat mit einer Beleidigung nichts zu tun. Das ist eine klare Meinungsäusserung, was ich von einem Politiker erwarte. Haben Sie schon einmal gesehen, dass ich mich einer Stimme enthalten habe? Und falls ja, dann habe ich es aber sehr gut beschrieben, weshalb.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich weiss nicht, ob das Problem der Zweidrittelmehrheit jetzt gross geredet wird. Anfangs dieser Sitzung hatten wir zwei dringliche Postulate. Könnten Sie die Resultate nochmals sagen, Herr Proschek? Ich weiss nicht, ob es Enthaltungen gab bei diesen zwei Abstimmungen. Meines Wissens kommt es höchst selten vor, dass es auf die Enthaltungsstimmen drauf ankommt.

Cedric Roos, Präsident: Vielleicht kann ich hier Klarheit schaffen. Ich habe am Anfang, nachdem wir keine Zweidrittelmehrheit hatten, die Nein-Stimmen gar nicht mehr auszählen lassen. Dementsprechend konnte es gar keine Enthaltungen geben.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Das ist ein gutes Beispiel. Da hätte es eh keine Rolle gespielt, was die Enthaltungen sind. 20 waren gegen die Dringlichkeit, dann wird die Dringlichkeit eh abgelehnt. Das ist das Problem, das ich mit dem Postulat habe. Das ist gar nicht relevant oder höchstens einmal pro Legislatur.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Lieber Nedim. Das war genau der Grund, weshalb der Vorstoss im Landrat kam, weil man belegen konnte, wie viele Abstimmungen nicht zustande gekommen sind wegen den Enthaltungen. Wir hatten es schwarz auf weiss, wie viele sich immer enthalten haben. Weil man gesehen hat, dass dauernd Enthaltungen gemacht wurden, kam dieser Vorstoss und das wurde in der Debatte präsentiert, nämlich wie viele Entscheide man hingekriegt hätte, wenn man die Enthaltungsstimmen nicht berechnen würde.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Lieber Josua, ich glaube, du hast nur das Recht, zwei Mal zu reden und es ist jetzt schon das dritte Mal. Ich beantrage den Abbruch dieser Diskussion.

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zur Abstimmung.

://:

Das Verfahrenspostulat wird mit 37 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

624 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 14

Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 19.05.2011, betreffend
Erstellung einer Energiebuchhaltung für die Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4005

Cedric Roos, Präsident: Der Antrag des Gemeinderates ist Nichtentgegennahme.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat möchte dieses Postulat nicht entgegennehmen auf dem einfachen Grund, dass wir das schon lange so machen. Wir haben seit 1984 im Sektor Strom und im Bereich Wasser seit 2006 eine Energiebuchhaltung. Das ist in unserem Facility-Management-System integriert, das wir auf der Gemeindeverwaltung pflegen und jetzt ein Upgrade gemacht haben. Wir können ziemlich genau Auskunft geben, wo bei uns Strom, Wasser oder Heizenergie verbraucht wird. Es ist der Gemeinde Allschwil und dem Gemeinderat nicht verborgen geblieben, dass man damit sehr viel Geld sparen kann. Da gibt es bekannte Beispiele dafür. Zum Beispiel unser Hallenbad, das wir nach 25 Jahren saniert haben. Es ging 1973 in Betrieb und wurde 1999 saniert. Man hat dort rund CHF 3'200'000 investiert, so viel zur Wirtschaftlichkeit. Und man hat dort die Erfahrung gemacht, dass man mit dieser

grossen Sanierung, die als Massnahme definiert wird, wenn man merkt, dass mit dem Verbrauch etwas nicht mehr im Lot ist, 43% weniger Energie für Wärmegegewinnung und 52% für Elektrizität festgestellt, dies aufgrund einer Energiebuchhaltung. Wir wurden damals auch sehr gelobt, Energie 2000, ich habe hier noch Prospekte, wenn es jemanden interessiert. Wir meinen, dass wir dieses Postulat nicht überweisen sollten, weil dies schon längstens so abläuft bei uns. Es gibt Verbesserungsmassnahmen, das ist uns klar. Zum Beispiel das Nutzerverhalten, sei das bei Peripheriegeräten oder PC-Abschaltung auf der Gemeinde. Wenn wir merken, dass es einen grossen Bedarf gibt, dann können wir mit bestimmten Aktionen und Massnahmen haushalten, sodass wir hier sicher kein Geld verschenken und keine unnötige Energie verbrauchen.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Das ist jetzt grad ein gutes Beispiel, wo wir froh gewesen wären, wenn wir die Begründung des Gemeinderates gehabt hätten. Ich habe es munkeln gehört, dass dies die Argumentation sein wird, aber es ist nicht auf offiziellem Weg erfolgt. Das ist interessant und für mich neu, dass die Gemeinde eine Energiebuchhaltung führt. Das geht sicher nicht nur mir so, ich habe mit verschiedenen Leuten geredet, mit Einwohnerräten, und auch der eine oder andere Gemeinderat hat dies vielleicht nicht gewusst. Auf diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, dieses Postulat zu überweisen. Dann könnte man berichten, wie das aussieht bei der Gemeinde Allschwil. Es wäre sicher interessant zu hören, wie hoch der Energieverbrauch ist.

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Auch ich bin der Meinung, dass wir das mal anschauen sollte und es aufgezeigt werden soll, wie es aussieht. Im Prinzip habe ich zuhause auch eine Energiebuchhaltung. Ich kann auf meiner Stromrechnung nachschauen. Ich weiss nicht, was mir das bringt. Man sollte mal darüber berichten. Ich finde auch, dass es eine gute Sache ist und man es deshalb überweisen soll.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Antrag vom Postulat lautet ganz klar: Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie für die Gemeinde Allschwil eine Energiebuchhaltung eingeführt werden könnte. Wir haben sie bereits eingeführt und somit sehe ich nicht ein, weshalb wir dieses Postulat überweisen sollten, es ist schon vorhanden. Ich bitte um die Folie. Das ist ein Auszug, exportiert in eine Excel-Datei, und so wird das seit Jahren gemacht. Das ist jetzt für den Strom. Wir haben das gleiche auch für den Wasserverbrauch und für die Heizenergie. Das Ganze wird selbstverständlich bei uns im System gepflegt, Monat für Monat und quartalsweise wird geschaut, ob es Ausreisser gibt, ob wir etwas besser machen können, ob es eine Massnahme braucht, ob wir einen Wasserverlust haben, wenn wir merken, dass wir plötzlich viel mehr Wasser brauchen als in Vergleichsmonaten. Wir sind völlig à jour, wir haben ein taugliches System, das übrigens das gleiche ist wie es die eidgenössische Verwaltung braucht, leicht modifiziert auf die Bedürfnisse einer kleineren Gemeinde. Wir haben diese Energiebuchhaltung eingeführt und somit ist dieses Postulat obsolet.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Wir wissen auch noch nicht so lange, dass es diese Energiebuchhaltung gibt. Das ist für die Gemeinde sehr löblich. Was ich nicht ganz nachvollziehen kann, ist, dass man dies nicht entgegennehmen möchte, weil es dies ja bereits gibt. Der Gemeinde kann ja nichts besseres passieren, als das sie berichten kann, dass sie dies bereits so machen und dass sie dies bereits haben. Es ist klar, ich möchte das überwiesen haben, und man kann das dann gegen Aussen kommunizieren. Man hat eine Energiebuchhaltung und ein gutes Management-System. Ich finde es schade, dass der Gemeinderat diese Chance nicht packt, dies positiv gegen Aussen zu kommunizieren.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte anregen, dass man vielleicht in einem Info-Fenster, anstelle dass man nichts berichtet, eine Statistik zeigt, wie es mit der Energiebuchhaltung sich entwickelt hat in den letzten 5 Jahren. Es stimmt, was Christoph Morat sagt, man muss nicht prüfen, ob eine Energiebuchhaltung eingeführt werden soll. Das ist nicht die richtige Formulierung. Man müsste das umformulieren, aber es würde mir reichen, wenn ich höre, dass man dem Einwohnerrat und gegenüber der Öffentlichkeit zeigt, wie die Entwicklung der letzten zwei bis drei Jahren aussieht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich werde das Gefühl nicht los, dass dieses Postulat offene Türen einrennt. Mit dem Postulat wird verlangt, dass die Einführung einer Energiebuchhaltung geprüft wird. Wir haben jetzt gehört, dass wir diese bereits haben. Nur, um mitgeteilt zu bekommen, dass wir sie bereits haben,

brauchen wir keinen schriftlichen Bericht des Gemeinderates. Die CVP-Fraktion ist gegen die Überweisung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Mit dem System ist es selbstverständlich kein Problem hier einen Trend aufzuzeigen, wie sich die Energie- oder der Wasserverbrauch der Gemeinde Allschwil verhält. Ein interessantes Gebäude ist unser Hallenbad, da wissen wir es ziemlich genau. Eine solche Verbrauchsentwicklung kann man ohne weiteres aus dem System herausziehen und als Folie auflegen. Das ist kein Problem.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich bedanke mich für die Ergänzung. Ich finde den Vorschlag von Gabi Huschke sehr interessant. Wenn uns die Energiebuchhaltung offiziell präsentiert wird, dann ziehe ich das Postulat zurück. Denkbar wäre, dass ich die Formulierung abändere und sage, der Gemeinderat soll berichten über den Energieverbrauch der Gemeinde Allschwil. Es ist ein Unterschied, ob man diese Zahlen so sieht, wie es Christoph Morat jetzt gezeigt hat, als Gesamtverbrauch im Sinne einer Totalstromabrechnung, oder ob man schaut, wo brauchen wir am meisten Diesel, Sprit etc. Da könnte man sicher noch ins Detail gehen. Aufgrund dieser Folie sieht man nicht, wie sich das zusammensetzt. Es geht darum, dass wir das Gespür dafür haben, dass es angeschaut und verglichen wird, auch mit anderen Gemeinden, und in Relationen gesetzt wird. In diese Richtung ging mein Postulat.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Herr Bieri, Sie sind in der SP. Sie haben den Draht zu drei Gemeinderäten, die euch angehören, und Sie wissen trotzdem nichts. Sie bestätigen, dass es nicht reicht einen Draht zum Gemeinderat zu haben. Man weiss nicht mehr, unter Umständen. Da müsste man einen neuen Vorstoss jetzt machen, man kann nicht den Vorstoss einfach ändern in eine neue Richtung. Man darf es inhaltlich ändern, wenn es noch ums gleiche geht, sonst muss man einen neuen Vorstoss machen. Was ist der Sinn dieser Darstellung? Wir wissen alle, dass wir heute am Sparen sind und das Beste geben. Wenn noch Bedarf wäre, etwas zu tun, dann wäre das die Aufgabe der GPK, die das überprüfen müsste, ob die Gemeinde richtig arbeitet. Da könnte man jetzt sagen, dass es ein sinnloser Vorstoss ist. Aber ich unterstelle das nicht.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Ich finde den Vorschlag von Gabi Huschke gut. Man kann mit wenig Aufwand in einem nächsten Info-Fenster darüber orientieren. Ich finde es gut, dass man das Thema aufgenommen hat. Wenn schon etwas da ist, dann muss man daran nicht rütteln und hier im Rat lang darüber reden. Der Gemeinderat kann es im nächsten Info-Fenster bringen und dann können wir Fragen stellen.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Ein kleines Schlusswort: Diejenigen, die in der Projektgruppe für die neue Kosten/Leistungsrechnung dabei sind, wissen, dass mit der Einführung des neuen Kosten/Leistungsrechnungssystem, HRM2, der Gemeinderat detailliert Auskunft geben kann. Jeder Einwohnerrat kann in den entsprechenden Rechnungen sehen, auf welchen Kostenträgern welche Leistungen verbraucht wurden und was sie gekostet haben. Wir müssen keine neue Buchhaltung erfinden.

Cedric Roos, Präsident: Es gibt keine weiteren Redner mehr. Herr Ulusoy, halten Sie am Postulat fest?

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Es ist jetzt die Frage, ob das eine feste Zusage des Gemeinderates war, dass wir die Energiebuchhaltung an einer der nächsten Sitzungen präsentiert erhalten. Unter diesen Voraussetzungen ziehe ich das Postulat zurück, ansonsten bin ich für die Überweisung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die ganze Energiebuchhaltung würde den Rahmen definitiv sprengen. Was ich vorher gesagt habe, gilt. Ich kann eine Trendwende für ein oder zwei Gebäude, die interessant sind, aufzeigen. Wir werden es so präsentieren, damit man weiss, wie der Verbrauch der letzten paar Jahre ist, und dass man eine Trendwende erkennt. Das kann man machen, das ist kein Problem.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Gut, dann ziehe ich das Postulat zurück.

Cedric Roos, Präsident: Das Postulat ist zurückgezogen, damit sind wir am Ende der Sitzung. Ich wünsche einen schönen Abend.

ENDE